IMT Nuremberg Archives

H – 301

International Court of Justice

595

H0301-0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 14. MAERZ 1946.
SITZUNG 10.00 - 13.00 UHR.

LORD JUSTICE LAWRENCE fuehrt den Vorsitz.

Angeklagter HERMANN WILHELM GOERING: (Fortsetzung des direkten Verhoers)

DR. STAHMER: Haben Sie bei der Festsetzung des Parteiprogramms mitgewirkt?

A. Nein. Das Parteiprogramm war bereits fertig und verkuendet, als ich zum ersten Male von der Bewegung hoerte und als ich meinen Beitritt erklaerte.

F. Wie stellen Sie sich zu diesen Punkten des Parteiprogramms?

A. Im Grossen und Ganzen positiv. Es ist selbstverstaendlich, dass es kaum einen politischen Menschen geben wird, der bei einer politischen Partei saemtliche Punkte eines Programms einstimmung anerkennt oder zustimmt.

F: Hatte die Partei ausser diesen allgemein gehaltenen Punkten noch weitere geheim gehaltene Ziele in ihrem Parteiprogramm?

A: Nein.

F. Sollten diese Ziele mit allen, auch ungesetzlichen Mitteln erreicht werden?

A. Sie sollten selbstverstaendlich mit allen Mitteln erreicht werden. Der Begriff "ungesetzlich" ist hier vielleicht zu klaeren: Wenn ich eine Revolution anstrebe, so mag sie fuer den bestehenden Staat eine ungesetzliche Aktion sein. Gelingt sie mir, dann ist die Tatsache und damit legal und Gesetz geworden. Bis zum Jahre 1923 und bis zu den Ereignissen des 9. November stand ich und wir alle auf dem Standpunkt, auch unter Umstaenden revolutionaer uns durchzusetzen. Nachdem dies missglueckt war, hat der Fuehrer nach Rueckkehr aus der Festung bestimmt, dass in Zukunft legal auf dem Wege des politischen Kampfes so auch wie die anderen Parteien vorgegangen wird und verbot jede Ungesetzlichkeit, um dadurch keine Behinderung in der Parteitaetigkeit hervorzurufen.

F. Wann und mit welchen Zielen wurde die SS geschaffen?

A. Die SS wurde waehrend meiner Abwesenheit im Ausland, ich glaube 26 oder 27 geschaffen. Ihr Zweck war, soviel ich von damals mich erinnere, innerhalb der Bewegung zunaechst einen besonderen Kern und Schutz fuer die Persoenlichkeit oder die Person des Fuehrers, bessergesagt, zu schaffen. Sie war zunaechst ausserordentlich klein.

H0301-0003

F. Haben Sie zu irgendeiner Zeit der SS angehoert?

A. Ich habe niemals und zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form weder aktiv noch passiv der SS angehoert.

F. Die Annahme, dass Sie ein SS-General gewesen seien ist demnach unzutreffend?

A. Ist absolut unzutreffend.

F. Was verstanden Sie unter "Herrenrasse."

A. Ich persoenlich verstand darunter garnichtw, denn in keiner meiner Reden, in keiner meiner Schriften werden Sie dieses Wort von mir finden. Ich stehe auf dem Standpunkt, entweder ist man Herr, dann braucht man es nicht zu betonen.

F. Was verstanden Sie mit dem Begriff "Lebensraum."

A. Dieser Begriff ist ein sehr umstrittener. Ich habe volles Verstaendnis oder begreife es, wenn Maechte die zusammen, ich nehme nur die vier Signaturmaechte, ueber dreiviertel der Erdoberflaeche ihr eigen nennen, diesen Begriff anders auslegen. Fuer uns, wo 144 Menschen auf einen Quadratkilometer kamen, bestand der Begriff "Lebensraum" darin, das richtige Verhaeltnis der Bevoelkerung fuer ihre Ernaehrung, ihr Wachstum und ihren Lebensstandard zu finden.

F. Ein Begriff, der immer wiederkehrt, ist der Begriff der "Machtergreifung

A. Das Wort "Machtergreifung" moechte ich als ein terminus technicus bezeic nen. Wir haetten genau so gut ein anderes Wort waehlen koennen. Aber dieses Wort drueckt tatsaechlich de facto am klarsten aus, was geschehen ist, das heisst, wir haben die Macht ergriffen.

F. Wie stellen Sie sich zu dem "Fuehrerprinzip".

A. Ich stand und stehe positiv und bewusst auf diesem Prinzip. Man darf hier nicht verwechseln, dass die politische Konstruktion in den verschiedenen Laendern auch verschieden gewachsen und entstanden ist. Was in dem einen Land ausgezeichnet passt, versagte in dem anderen Lande vielleicht vollkommen. Deutschland hat durch die langen Jahrhunderte der Monarchie schon immer ein Fuehrerprinzip gehabt. Die Demokratie trat bei uns in einem Augenblick auf, als es Deutschland am schlechtesten ging und Deutschland auf dem Tiefpunkt stand. Ich habe gestern ausgefuehrt, welche politische Zerrissenheit in Deutschland herrschte: Die Zahl der Parteien, die fortgesetzte Unruhe durch die Wahlen. Es hatte sich hierbei auch eine vollkommene Verschiebung der Begriffe von Autoritaet und Verantwortung gegeben und zwar in umgekehrtem Sinne. Die Autorita

ging von der Masse aus und die Verantwortung hatte die Fuehrung, statt umgekehrt und ich stand oder stehe auf dem Standpunkt, dass fuer Deutschland, besonders in diesem Augenblick seines Tiefpunktes, wo es darauf ankam, alle Kraefte positiv zusammenzufassen, das Fuehrerprinzip, das heisst, Autoritaet von oben nach unten und Verantwortung von unten nach oben die einzige Moeglichkeit war. Ich sehe natuerlich davon ab, dass auch hier ein Prinzip zu Ueberspitzungen fuehren kann, das an sich durchaus gesund ist. Ich darf in Parallele erwaehnen, die Position vielleicht der Katholischen Kirche beruht nach wie vor auf dem klaren Fuehrerprinzip ihrer Hierarchie und ich glaube auch sagen zu koennen, dass auch Russland ohne dieses eiserne Fuehrerprinzip der schweren Belastung, der es in diesem Krieg ausgesetzt war, nicht standgehalten haette.

F. Erfolgten die gestern von Ihnen geschilderten Massnahmen zur Festigung Ihrer Macht in vollem Einverstaendnis mit dem Reichspraesidenten von Hindenburg?

A. Solange der Reichspraesident am Leben war und damit in Aktion, erfolgten sie selbstverstaendlich in Uebereinstimmung mit ihm, und soweit verfassungsmaessig seine Zustimmung notwendig war, wie zum Paragraphen 48, erfolgte auch seine Zustimmung.

F. Ist die nationalsozialistische Regierung durch die fremden Maechte anerkannt?

A. Unsere Regierung wurde vom ersten Tage ab anerkannt und blieb anerkannt bis zum Schluss, das heisst, soweit nicht feindliche Entwicklungen die diplomatischen Beziehungen mit einzelnen Staaten unterbrochen haben.

F. Besuchten diplomatische Vertreter des Auslands Ihre Reichsparteitage in Nuernberg?

A. Die diplomatische Vertretung wurde zu den Parteitagen als dem groessten Ereignis und der groessten Demonstration der Bewegung eingeladen und sie erschien auch vollzaehlig, wenn auch nicht in jedem Jahr vollzaehlig. Aber an einen erinnere ich mich ganz genau.

F. Bis zu welchem Jahr?

A. Bis zum letzten Parteitag 1938.

F. In welchem Umfang ist von Ihnen nach der Machtuebernahme Vermoegen politischer Gegner konfisiert worden?

H0301 - 0004

A. Es wurden Gesetze gemacht zur Beschlagnahme staatsfeindlichen Vermoegens, das heisst solcher Parteien, die wir als staatsfeindlich erklaerten. Es wurde das Parteivermoegen der kommunistischen Partei mit den ihnen angeschlossenen Verbaenden, das Parteivermoegen zum Teil der sozialdemokratischen Partei beschlagnahmt, aber nicht, das moechte ich ausdruecklich betonen, das Privatvermoegen der Mitglieder oder auch nur Fuehrer dieser Parteien. Im Gegenteil wurde einer ganzen Reihe fuehrender Sozialdemokraten, die Minister oder Beamte gewesen waren, die Pension voll weiter bezahlt. Sie wurde sogar zu einem spaeteren Zeitpunkt aufgebessert.

F. Wie erklaert sich das Vorgehen gegen die Gewerkschaften, wie erklaert sich das Vorgehen gegen die Freie Arbeiterschaft?

A. Zunaechst die Gewerkschaften: Die Gewerkschaften in Deutschland waren in der groessten Zahl oder in ihrer hauptsaechlichsten Wichtigkeit auf das engste verbunden sowohl mit der sozialdemokratischen Partei, als auch zunehmend durch den Einfluss und die Aktivitaet der Kommunisten mit der kommunistischen Partei. Es waren, wenn auch nicht formell so de facto Organe, und zwar sehr aktive Organe dieser Parteien, wobei ich nicht von der Masse der Mitglieder der Gewerkschaften, sondern von der Fuehrungsgruppe der Gewerkschaften spreche. Es gab dann noch eine kleinere christliche Gewerkschaft, Organ der Zentrumspartei. Diese Gewerkschaften stimmten durch ihre Fuehrung und der engen Verbundenheit dieser Fuehrung mit dem von uns als gegnerisch angesehenen Parteien derart ueberein, dass sie zu unserem neuen Staat in keiner Form passten. Es wurde deshalb die Organisation der Gewerkschaften aufgeloest und fuer die Arbeiterschaft die Organisation der "Deutschen Arbeitsfront" geschaffen. Die Zerstoerung der Freiheit des deutschen Arbeiters erfolgte nach meiner Auffassung nicht, im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, dass wir dem deutschen Arbeiter die wirkliche Freiheit gebracht haben, denn sie bestand in erster Linie darin, dass wir ihm sein Recht auf Arbeit wieder sicherten, und seine ganze Stellung im Staate ganz besonders herausgehoben haben.

Wir haben selbstverstaendlich zwei Dinge, die vielleicht als besondere Merkmale einer von mir falsch verstandenen Freiheit gewertet werden, abgeschafft naemlich: Streik auf der einen Seite und Aussperrung auf der Gegenseite. Es war mit dem Recht auf Arbeit nicht zu vereinbaren und auch nicht mit den Pflicht die ein jeder Buerger fuer die Groesse seines Volkes hat. Diese beiden beunruhigenden Elemente, die mit auch zur grossen Zahl der Arbeitslosen beigetragen habe

H0301 - 0005

H0301 - 0006

wurden beseitigt und durch ein grosses Arbeitsprogramm ersetzt. Die Schaffung von Arbeit war einer der wesentlichsten Punkte unseres Sozialprogramms und ist auch von Anderen, wenn auch unter anderem Namen, bereits uebernommen worden. Ich moechte nicht des Naeheren dieses Sozialprogramm ausfuehren.

Zum ersten Mal aber bekam der Arbeiter Recht auf Urlaub und zwar bezahlten Urlaub, das nur nebenbei. Es wurden fuer die Arbeiterschaft grosse Erholungsstaet en gebaut. Es wurden gewaltige Summen fuer den Bau von Arbeitersiedlungen ausgegeben und der ganze Standard des Arbeiters wurde gehoben. Der Arbeiter war zu diesem Zeitpunkt aus gesehen vollkommen erschoepft und ausgebeutet. Er besass kaum noch etwas all seiner Habe, weil er waehrend der jahrelangen Arbeitslosigkeit alles verkaufen und versetzen musste. So moechte ich, ohne auf Einzelheiten einzugehen, abschliessend sagen, wir haben nicht eine freie Arbeiterschaft zu Knechten gemacht, sondern wir haben sie befreit von dem Elend der Arbeitslosigkeit.

H0301 - 0007

F. Sie sprachen ueber den Roehm-Putsch. Wo war Roehm und worin bestand die Revolte?

A. Roehm war seit 1931, Stabschef der SA, das heisst, er war dem Fuehrer, der selbst der oberste SA-Fuehrer war, fuer die SA verantwortlich und fuehrte sie in seinem Namen.

Die Hauptgegensaetzlichkeit zwischen Roehm und uns bestand darin, dass Roehm, wie sein Vorgaenger Pfeffer, einen stark revolutionaeren Weg gehen wollte, waehrend der Fuehrer, wie ich vorhin sagte, legale Entwicklung deren Endsieg vorzusehen war, befolgt hatte.

Nach der Machtuebernahme wollte Roehm unter allen Umstaenden, das Reichswehrministerium in die Hand bekommen. Das lehnte der Fuehrer grundwegs ab, da er die Wehrmacht in keiner Form irgendwie politisch fuer oder auf sie eindringen lassen wollte.

Der Gegensatz zwischen Wehrmacht und Roehm, wies nicht direkt auf einen Gegensatz zwischen der Wehrmacht und der SA, der war nicht vorhanden, sondern ausschliesslich auf eine Fuehrergemeinschaft, die sich damals SA-Fuehrung nannte und es auch tatsaechlich war. Er wollte die Beseitigung der Hauptanzahl der Generaele und hoeherer Offiziere, die in der Reichswehr die ganze Zeit gewesen waren, da er auf dem Standpunkt stand, dass diese Offiziere keine Gewaehr fuer einen neuen Staat bildeten, da ihnen, wie er sich ausdrueckte, das Rueckgrat, im Laufe der Zeit gebrochen worden sei und sie nicht mehr faehig waren, aktive Elemente des neuen nationalsozialistischen Staates zu sein.

Der Fuehrer und auch ich standen hier auf vollstaendig entgegengesetzten Standpunkt.

Zum zweiten Punkt. Die Richtlinien und auch das Streben, ich moechte sagen, der Roehm eingestellten Maenner, hat sich in anderer Richtung auf einer revolutionaeren Art bewegt, und sie waren gegen das, was sie reaktionaer bezeichneten. Sie wollten auch bewusst einen mehr links gestellten Eindruck geben. Sie waren auch mehr gegen die Kirche und auch sehr scharf gegen das Judentum. Sie wollten in allem aber, -- ich beziehe mich nur auf diese Klicke, die aus ganz bestimmten Persoenlichkeiten bestand, -- einen revolutionaeren Akt vornehmen, da Roehm diese seine Gleichgesinnten, ueberall in der SA in die obersten Stellen einschloss und die anstaendigen und braven SA-Leute, ohne ihr Wissen irreleitete.

Es ist bekannt, wenn Uebergriffe in jener Zeit vorkamen, so haben sie im-

H0301 - 0008

mer aus den selben Persoenlichkeiten, in erster Linie aus dem Berliner-SA-Fuehrer Ernst, zweitens aus dem Breslauer Fuehrer Heines, aus den Muenchnern und Stettiner usw., bestanden. Einige Wochen vor dem Roehm-Putsch, vertraute mir ein SA-Unterfuehrer an, dass er gehoert habe, dass eine Aktion gegen den Fuehrer und die zum Fuehrer stehenden Maenner der Bewegung geplant sei, damit das dritte Reich schleunigst durch das endgueltige vierte Reich, der Ausdruck, den diese Leute brauchten, abgeloest werden solle.

Ich selbst wurde gedraengt und gebeten, vor meinem Haus nicht nur Posten der Polizei aufziehen zu lassen sondern auch eine Ehrenwache der SA zu ernennen. Ich war damit einverstanden und hoerte dann durch den Fuehrer dieser Truppe, nach einer gewissen Zeit, wozu diese Ehrenwache bestimmt sei, meine Verhaftung nach einem festgesetzten Datum vorzunehmen.

Ich kannte Roehm gut. Ich liess ihn zu mir kommen. Ich hielt ihm offen die Dinge vor, die ich gehoert hatte. Ich erinnerte ihn an unsere gemeinsame Kampfzeit und forderte ihn auf, dem Fuehrer unbedingte Treue zu halten. Er gab ungefaehr die selben Argumente, die ich soeben erwaehnt habe und versicherte mir, dass er selbstverstaendlich nicht daran denke, irgendetwas gegen den Fuehrer zu unternehmen. Kurz darauf erhielt ich weitere Nachrichten, dass er mit jenen Kreisen Verbindung hatte, die ebenfalls in scharfer Ablehnung uns gegenueber standen. Es war einmal der Kreis um den frueheren Reichskanzler Schleicher. Es war der Kreis un den aus der Partei ausgeschlossenen frueheren Reichstagsabgeordneten und Organisationsleiter der Partei Gregor Strasser. Das waren Kreise, die den frueheren Gewerkschaften angehoert hatten und stellten sich ziemlich weit links. Ich fuehlte mich verpflichtet, den Fuehrer darueber zu sprechen. Ich war erstaunt, als mir der Fuehrer erklaerte, dass auch er bereits darum wusste und diese Dinge fuer sehr bedrohlich ansah. Er wollte aber die weitere Entwicklung abwarten und sie sorgfaeltig beobachten.

Der naechste Akt ereignete sich ungefaehr genau so, wie der Zeuge Koerner das hier geschildert hat und so kann ich ihn uebergehen. Ich erhielt den Auftrag, in Norddeutschland sofort gegen die betreffenden Maenner des Roehmkreises vorzugehen. Ein Teil wurde bestimmt, dass er festgenommen werden sollte. Ernst, den SA-Fuehrer von Pommern, mit zwei oder drei anderen, verfuegte der Fuehrer im Laufe des Tages zu exekutieren. Er begab sich selbst nach Bayern, wo die letzte Tagung einer Riehe der Roehm-Fuehrer stattfand und verhaftete per-

H0301 - 0009

soenlich Roehm und diese Leute in Wiessee.

Zu dieser Zeit war tatsaechlich die Sache schon bedenklich, weil einige Sa-Formationen unter Vorspiegelung falscher Befehle bewaffnet aufgeboten waren. An einer einzigen Stelle kam es zu einem kurzen Kampf, wo zwei Sa-Fuehrer erschossen wurden. Ich uebertrug die Verhaftung der Polizei, die damals auch schon in Preussen unter Heydrich und Himmler stand. Lediglich das Hauptquartier Roehms, der persoenlich nicht da war, liess ich durch einen mir unterstellten uniformierten Polizei-Agenten ausheben.

Als das Hauptquartier des SA-Fuehrers Ernst in Berlin ausgehoben wurde, fand man in den Kellern dieses Hauptquartiers mehr Maschinenpistolen, als die gesamte preussische Schutzpolizei besass.

Nachdem vom Fuehrer verfuegt war auf Grund der Ereignisse, welche in Wiessee vorgefunden wurden, wer standrechtlich erschossen werden sollte, wurde Befehl zur Exekution fuer Ernst, Heidebrecht und einer der engsten Mitarbeiter gegeben. Es bestand kein Befehl, die anderen verhafteten Leute zu erschiessen. Es ist bei der Verhaftung des Reichskanzlers Schleicher dazu gekommen, dass sowohl er wie seine Frau getoetet wurden. Eine daruber eingestellte Untersuchung fand statt und ergab, dass bei der Verhaftung Schleichers, nach Aussagen der beiden Leute, er nach einer Pistole griff, um sich vielleicht selbst zu erschiessen. Darauf haben diese beiden Leute ihre Pistolen erhoben und die Frau von Schleicher's warf sich dem einen um den Hals um ihn zu fassen und er behauptet, dass dabei seine Pistole losgegangen sei.

Wir bedauerten diesen Vorfall ausserordentlich.

Im Laufe des Abends erhielt ich die Nachricht, dass auch andere Leute erschossen worden seien. Auch solche, die mit dem Roehm-Putsch ueberhaupt nichts zu tun hatten. Der Fuehrer kam am selben Abend nach Berlin. Nachdem ich das spaet am Abend noch gehoert hatte, ging ich am naechsten Mittag zum Fuehrer und bat ihn, sofort einen Befehl zu erlassen, dass weiter Exekutionen unter allen Umstaenden von ihm verboten seien, obwohl noch zwei Leute, die verhaftet waren und die der Fuehrer fuer die Exekution bestimmt hatte, noch am Leben waren. Diese blieben dann auch am Leben. Ich bat ihn, trotzdem das zu tun, weil ich Sorge hatte, dass die Sache aus der Hand gleiten koennte, wie es schon zum Teil geschehen war und ich ihm vorstellte, dass keinesfalls ein weiteres Blutvergiessen daraus werden sollte.

H0301 - 0010

Der Fuehrer hat dann diese Anordnungen in meiner Gegenwart getroffen und sie wurden an alle Stellen sofort uebermittelt. Die Aktion wurde dann im Reichstag bekannt gegeben und durch den Reichstag und den Reichspraesidenten als Staatsnotwendig gutgeheissen. Es wurde bedauert, dass wie bei allen solchen Ereignissen, eine Reihe von Missgriffen vorkamen.

Die Zahl der Opfer ist vielfach uebertrieben worden. Soweit ich mich noch daran erinnere, sind es 72 oder 76 Menschen gewesen, von denen der groessere Teil in Sueddeutschland exekutiert worden ist.

F. Hatten Sie Kenntnis von der Entwicklung die im Laufe der Zeit die Stellung der Partei und des Staates zur Kirche genommen hat?

A. Selbstverstaendlich. Ich moechte abschliessend zu der Roehm-Revolution noch bemerken, dass die Personen, die auf Befehl des Fuehrers weiter gegeben wurde, Ernst und Heidebrecht und einige andere, dass ich dies selbstverstaendlich voll und ganz verantworte und positiv zu diesen Vorgaengen gegen diese Leute eingestellt gewesen bin und auch noch auf dem Standpunkt stehe, dass ich absolut hier richtig und pflichtbewusst gehandelt habe. Dies hat mir auch der Reichspraesident bestaetigt. Es war aber diese Bestaetigung nicht notwendig, um mich davon zu ueberzeugen, dass ich hier eine grosse Gefahr fuer den Staat abgewendet habe.

Die Stellung zur Kirche. Die Stellung des Fuehrers selbst war eine grosszuegige zu Anfang wenigstens. Ich moechte nicht sagen positiv in dem Sinne, dass Hitler selbst ein positiver oder ueberzeugter Anhaenger irgendeiner Konfession gewesen waere. Aber grosszuegig und positiv in dem Sinne, dass er die Notwendigkeit der Kirche anerkannt hatte. Obwohl selbst Katholik, wuenschte er eine staerkere Stellung der protestantischen Kirche in Deutschland, da Deutschland zu 2/3 protestantisch war.

Die protestantische Kirche zerfiel aber bei uns in Landeskirchen und in verschiedene kleine Unterschiede, die die Dogmatiker sehr tragisch nahmen und das hat selbst einmal zum 30-jaehrigen Krieg gefuehrt, die aber fuer ihn nicht so entscheidend schienen. Sie erklaerten, sich zur Reformierten Union, rein lutherisch, - ich bin selbst nicht Fachmann auf diesem Gebiet.

Verfassungsmaessig als Preussischer Ministerpraesident, war ich der hoechste Wuerdentraeger der Preussischen Kirche, aber befasste mich mit diesen Dingen nicht ausfuehrlich.

H0301 - 0011

Die Einigung der protestantischen Kirche wollte der Fuehrer herbeifuehren und wollte dann, dass diese einen Reichsbischof bekommen sollte um gegenueber den hohen katholischen Kirchenfuersten auch einen protestantischen Kirchenfuersten zu besitzen. Er ueberliess zunaechst den Kirchen die Wahl. Sie konnten sich haeufig nicht einigen. Zum Schluss brachten sie einen Namen, der uns nicht passte. Es wurde dann ein Mann Reichsbischof, der das Vertrauen des Fuehrers, wie das der uebrigen Bischoefe des Landes hatte.

Mit der katholischen Kirche liess der Fuehrer durch Herrn von Papen ein Konkordat abschliessen. Ich war selbst kurz vor von Papens Abschluss des Konkordates beim Papst gewesen. Ich hatte durch meine katholische Mutter sehr zahlreiche Beziehungen zum hohen katholischen Klerus und konnte auf diese Weise in beide, selbst bin Protestant, hineinsehen.

Aber meine Meinung vertrat der Fuehrer, vertraten wir, vertrat auch ich, die Politik moeglichst aus der Kirche hinauszuschalten.

Ich fand es nicht richtig, das moechte ich offen aussprechen, dass an einem Tag der Priester in der Kirche in Demut sich um das Seelenheil seiner Schaeflein bemuehte und dass er am naechsten Tag im Parlament eine mehr oder weniger kritische Rede schwingt.

Diese Trennung war von uns vorgesehen, das heisst, die Geistlichkeit sollte sich auf ihrem Gebiet konzentrieren und von der Politik ablassen. Dadurch dass wir in Deutschland politische Parteien mit stark kirchlichem Einfluss hatten, war hier ein schrecklicher Wirrwarr entstanden und war auch und es ist erklaerlich, dass aus dieser politischen Gegnerschaft die Zunahme von Parteigegnern auf dem politischen Kampfgebiet und Wahlschlachten stattfanden und so Kampfstimmungen bei einem gewissen Teil der Leute gegen die Kirche sich eingestellt hatten. Man darf nicht vergessen, dass solche Kampfdiskussionen vor der Wahl zwischen politischen Vertretern unserer Partei und den eklesiatischen Vertretern der politischen Kirche starkgewordenene Partei, stattgefunden hatten. Aus dieser Gegnerschaft und einer gewissen Animositaet erklaert sich, dass ein

H0301 - 0012

rabiater teil, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen soll, diesen Kampf nicht vergessen hatte und seinerseits wieder auf eine falsche Ebene uebertrug. Der Fuehrer aber stand auf dem Standpunkt, den Kirchen absolut die Moeglichkeit ihrer Entwicklung und ihres Bestehens zu geben. Es ist selbstverstaendlich, dass in einer Bewegung und Partei, die allmaehlich mehr oder weniger den groessten Teil des deutschen Volkes, und die in ihrem aktiven, politisch-aktiven Teil, auch die politisch-aktiven Menschen Deutschlands erfasst hatte, trotz Fuehrerprinzip, nicht in allem natuerlich die gleiche Auffassung vorhanden war. Tempo, Methode, Einstellung sind hier verschieden, und so bilden sich in solche grossen Bewegungen, auch wenn sie noch so autoritaer gefuehrt werden, gewisse Gruppen zu bestimmten Fragen heraus. Und wenn ich hier die Gruppen nennen soll, die in der Kirche immer noch eine politische, sagen wir mal nicht Gefahr, aber nicht gerade wuenschenswerte Institution sehen, so waren dies vor allem zwei Persoenlichkeiten, die hier hervortraten: Himmler auf der einen Seite, Bormann, besonders spaeter, viel radikaler noch wie Himmler, auf der anderen Seite. Bei Himmler waren die Beweggruende weniger politischer vielmehr verworrener mystischer Art; bei Bormann waren sie zielbewusster. Es war auch klar, dass von der grossen Gruppe der Gauleiter dieser und jener schaerfer in diesem Kampf gegen die Kirche eingestellt war. So gab es eine Reihe von Gauen, wo alles mit der Kirche in bester Ordnung war und es gab wieder wenig andere Gaue, wo hier ein scharfer Kampf gegen die Kirche stattgefunden hat. Ich persoenlich habe mehrmals eingegriffen. Zunaechst um nach aussen hin meine Einstellung zu zeigen und Beruhigung zu schaffen, berief ich in den Preussischen Staatsrat als besondere Maenner meines Vertrauens, sowohl einen hohen protestantischen, wie einen hohen katholischen Geistlichen. Ich selbst bin nicht der, was man einen Kirchengaenger nennt, aber ich bin bewusst ab und zu hineingegangen und habe immer der Kirche angehoert, bewusst, und habe auch die Funktionen, die man kirchlich ausueben laesst, Hochzeit, Taufen, Beerdigungen usw. stets in meinem Haus kirchlich vollzogen. Der Ge-

H0301 – 0013

sichtspunkt dabei war, um in diesem Streit der Meinungen, jenen Menschen, die schwach von Gemuet, nicht wussten, was sie tun sollten, damit zu zeigen, wenn der zweite Mann des Staates in die Kirche geht, sich trauen laesst, seine Kinder taufen laesst, konfirmieren laesst usw., dann koennen sie das genau so ruhig tun. Aus der Anzahl der Briefe, die ich in dieser Richtung bekommen habe, ersehe ich, dass das richtig war.

Im Laufe der Zeit kam aber wie auf anderen Gebieten, so auch hier, eine weitere Verschaerfung. Ich habe noch einmal im ersten Kriegsjahre mit dem Fuehrer darueber gesprochen und ihm gesagt, es kaeme doch jetzt darauf an, dass jeder Deutsche seine Pflicht tue und jeder Soldat tapfer, wenn es sein muss, in den Tod geht. Wenn ihm dabei sein Glaube eine Stuetze und Hilfe ist, mag er nun dieser oder jener Konfession angehoeren, so kann dies nur ein Vorteil sein und jede Beunruhigung in dieser Richtung muss auch unter Umstaenden auf der innere Festigkeit des Soldaten tangieren. Der Fuehrer stimmte mir absolut bei. Ich selbst hatte in der Luftwaffe keine eigenen Geistlichen, da ich auf dem Standpunkt stand, jeder Luftwaffenangehoeriger kann zu dem Geistlichen und soll zu dem Geistlichen gehen, zu dem er Vertrauen besitze. Dies wurde immer wieder in Appellen den Soldaten gesagt und auch den Offizieren. Die Kirche selbst sagte, es ist gut, wenn wir eine klare Trennung haben. In der Kirche sollte er beten und nicht exerzieren, in der Kaserne sollte er exerzieren und sollte er nicht mit Beten kommen. Auf diese Weise habe ich aus der Luftwaffe jede Erschuetterung in kirchlichen Dingungen von Anfang an ferngehalten und jedem seine groesste Gewissensfreiheit in dieser Richtung gegeben.

Die Verschaerfung trat dann in rapidem Ausmasse - ich kann dafuer die Gruende eigentlich nicht richtig angeben - in den zwei oder drei letzten Kriegsjahren besonders hervor; mag es damit zusammenhaengen, dass in einem Teil der besetzten Gebiete die Geistlichen gleichzeitig, besonders in polnischen Gebiet, auch in tschechischem Gebiet, starke Vertreter im nationalen Sinne waren und hier es zu

H0301-0014

Zusammenstoessen, ebenfalls wieder auf der politischen Ebene kam, sich dann natuerlich auf die kirchliche ueberlagerten, ich weiss nicht, ob dies vielleicht ein Grund ist, halte ihn aber fuer wahrscheinlich. Alles in allem moechte ich sagen, der Fuehrer selbst war nicht gegen die Kirchen. Er sagte mir sogar einmal, es gibt gewisse Dinge, wo man auch als Fuehrer sich nicht absolut durchsetzen kann, wenn sie reformbeduerftig in der Luft liegen und er glaube, dass eben in dieser Zeit auch ueber die Neugestaltung in kirchlichen Dingen viel gedacht und viel gesprochen wuerde. Er selbst aber fuehle sich weder zum kirchlichen Reformator berufen, noch wuensche er, dass irgend seiner seiner politischen Fuehrer auf diesem Gebiete sich Lorbeeren zu erringen versuche.

REICHSANWALT DR. STAHMER: Nun sind im Laufe der Jahre zahlreiche Geistliche sowohl aus Deutschland und besonders aus den Ostgebieten- Sie sprachen selbst von Polen und der Tschechei - in die Konzentratio lager gebracht worden. War Ihnen darueber etwas bekannt?

A: Mir war bekannt, dass zunaechst in Deutschland eine Reihe von Geistlichen ins Konzentrationslager gebracht worden waren. Der Fall Niemoeller war allgemein bekannt. Ich moechte nicht naeher auf ihn eingehen, weil er bekannt ist. Eine Reihe anderer Geistlicher wurde ins Konzentrationslager eingeliefert, aber erst in den spaeteren Jahren, wie es eben zur Verschaerfung des Kampfes gekommen war, weil sie auf der Kanzel politische Reden hielten, Kritik an Massnahmen des Staates oder der Partei uebten und je nach der Schaerfe der Kritik wurde nun von der Polizei eingegriffen. Ich habe auch hier einmal Himmler gesagt, dass ich es nicht fuer klug halte, Geistliche festzusetzen. Solange sie in der Kirche reden, sollten sie reden, was sie wollen. Wenn sie ausserhalb der Kirche politische Reden halten wuerden, dann koennte er ja gegen sie vorgehen, wie bei allen anderen, die staatsfeindliche Reden halten wuerde. Es sind auch einige Geistliche, die sehr weit in ihrer Kritik gegangen sind, nicht verhaftet worden. Was die Verhaftung von Geistlichen aus den besetzten Gebieten anbelangt, so habe ich davon gehoert und sagte vorhin schon, dass die

H0301 - 0015

nicht auf kirchlichen Ebene so sehr der Fall war oder gar, weil sie Geistliche waren, sondern weil sie eben gleichzeitig sehr starke - ich verstehe das von Ihrem Standpunkt aus - Nationalisten waren, und somit oft in gegnerische Handlungen gegen die Besatzungsmacht verwickelt waren.

RECHTSANWALT DR. STAHLER: Das Parteiprogramm befasste sich in zwei Ziffer glaube ich mit der Judenfrage. Wie war Ihre grundsaetzliche Einstellung zu dieser Frage?

A: Diese Frage, die ja in der Anklage so sehr stark hervorgehoben wurde, zwingt mich unter allen Umstaenden dazu, gewisse Voraussetzungen einzuschalten.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918 trat in Deutschland das Judentum sehr stark hervor. Auf allen Gebieten, besonders stark auf dem politischen allgemeinen, geistig-kulturellen, und ganz besonders in der Wirtschaft. Die Frontkaempfer kamen zurueck, hatten nichts, standen vor dem Nichts und sahen nun sehr viele juedische Elemente, die im Laufe des Krieges aus Polen und dem Osten gekommen waren, in Positionen, besonders wirtschaftlichen. Es ist ja bekannt, dass unter dem Einfluss des Krieges und seinen Geschaeften, der Demobilmachung wiederum mit den grossen Geschaeftsmoeglichkeiten, der Inflation und Deflation ungeheuere Verschiebungen und Verlagerungen in den Vermoegensschichten stattfanden. Es waren sehr viele Juden, die nicht die genuegende Zurueckhaltung uebten und immer staerker im Bilde des oeffentlichen Lebens hervortraten, sodass sie zu Vergleichen geradezu aufforderten, gegenueber der Anzahl, die sie stellten und der Bedeutung der Positionen, die sie hatten im Gegensatz zum deutschen Volk. Hinzu kam, dass gerade jene Parteien, die von den Nationalsozialisten abgelehnt wurden, ebenfalls in ihrem Verhaeltnis zur Zahl der Juden stets juedisches Fuehrertum aufwiesen. Dies gilt nicht nur fuer Deutschland, sondern auch fuer Oesterreich, das wir ja immer als einen deutschen Bestandteil ansahen. Dort war die Fuehrung der gesamten Sozialdemokratie fast ausschliesslich in juedischen Haenden. Sie spielten eine sehr grosse Rolle in der Politik gerade der Linksparteien und traten

H0301 - 0016

dann auch sehr stark in der Presse aller Richtungen hervor. Es erfolgten damals derart fortgesetzte und laufende Angriffe auf alles Nationale, nationale Begrif nationale Ideale. Ich erinnere daran an alle die Zeitschriften, Artikel, die hi Dinge in den Schmutz zogen, die uns doch heilig waren; ich erinnere an die Verzerrung, die auf dem Gebiet der Kunst ebenfalls in dieser Richtung gefuehrt wur an Theaterstuecke, die das Frontkaempfertum oft in den Schmutz zogen; das Ideal des tapferen Soldaten wurde besudelt. Ich koennte hier einen ungeheueren Stapel vorlegen an derartigen Artikeln, Buechern, Darstellungen usw. Es wuerde dies vi zu weit fuehren und ich selbst bin auf diesem Gebiet auch nicht so bewandert. Dadurch entstand eine Abwehrbewegung, die nicht etwa vom Nationalsozialismus ge schaffen wurde, sondern sie war vorher schon da und war schon waehrend des Krie ges sehr stark und kam noch viel staerker zum Durchbruch nach dem Kriege, wo de Einfluss des Judentums sich sehr stark auswirkte. Zudem war vieles gerade auf kul turellem Gebiet, geistigem Gebiet ganz anders zum Ausdruck gebracht worden, wie es dem deutschen Empfinden entsprach. Auch hier klaffte eine grosse Kluft auf. Es kam hinzu, dass dann vor allem im Wirtschaftsleben eine schon, wenn man von der westlichen Industrie absieht, fast ausschliessliche Vorherrschaft des Juden tums vorhanden war, und zwar von solchen Elementen, die auch von den alteinge sessenen juedischen Familien aufs schaerfste abgelehnt wurden.

Als nun die Bewegung ihr Programm gestaltete, das von wenigen einfachen Leuten macht wurde - soviel ich weiss, war bei der Programmabfassung Adolf Hitler selb gar nicht einmal beteiligt - oder noch nicht in der Fuehrung - nahm auch dieses Programm jenen Punkt auf, der damals als ein Abwehrpunkt stark in grossen Kreis des deutschen Volkes vorhanden war. Kurz vorher war ja Muenchen die Raete-Repub gewesen, die dann fiel, und auch hier waren die Fuehrer durchwegs Juden gewes Man muss verstehen, dass deshalb ein Programm, das in Muenchen von einfachen Le ten entstand, diesen Punkt ganz klar mit als Abwehr aufnahm. Es kamen auch die richten von der Raetepropaganda in Ungarn, auch wieder fast durchwegs Juden. Das wirkte alles aufs Staerkste ein. Als nun das Programm bekannt wurde, wurde die Partei, die ja damals ausserordentlich klein war, zunaechst nicht ernst genommen und verlacht. Dann aber setzte ein konzentrierter Angriff der gesamten juedische Presse oder der von ihr beeinflussten Presse auf das allerschaerfste von Anfang gegen die Bewegung ein. Ueberall war das Judentum fuehrend im Kampf gegen den Na

H0301 - 0017

nalsozialismus, sei es nun auf dem Gebiete der Presse, sei es auf dem Gebiete d Politik, sei es auf dem Gebiete des kulturellen Lebens durch Veraechtlichmachun des Nationalsozialismus; Laecherlichmachung des Nationalsozialismus, sei es auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Wer Nationalsozialist war, bekam keine Stellung, der nationalsozialistische Geschaeftsmann bekam keine Lieferungen, keine Anzeig aufnahmen und so Kleinigkeiten, die sich herausstellten. Das alles schaffte nat lich eine starke Abwehr auf Seiten der Partei und fuehrte gleich von Anfang an zu einer Verschaerfung des Kampfes, wie er zunaechst auf Grund des Programms gar nicht beabsichtigt war. Das Programm wollte vor allen Dingen eines ganz kl Deutschland sollte durch Deutsche gefuehrt werden und wuenschte die Fuehrung, b sonders die politische Schicksalsgestaltung des deutschen Volkes durch deutsche Menschen, die das Empfinden dieses Volkes ganz anders wieder heben koennten wie Andersgeartete. So war auch zunaechst in der Hauptsache nur gedacht die Ausschal tung des Judentums aus der Politik, aus der Staatsfuehrung; spaeter kam dann au der kulturelle Sektor hinzu und zwar wegen des sehr starken Kampfes, der sich g rade auf diesem Gebiete zwischen dem Judentum auf der einen Seite, Nationalsozi lismus auf der anderen Seite, abgespielt hatte. Ich glaube, wenn hier manches harte Wort, das von uns gegen Juden und Judentum gefallen ist, vorgebracht wurd so waere ich doch in der Lage, Zeitschriften, Buecher und Zeitungen und Reden v der anderen Seite vorzulegen, die, was die Ausdruecke anbelangt und Beleidi- gungen, nicht mehr im geringsten zu ueberbieten sind. Und das alles musste natu lich zu einer Verschaerfung fuehren. Es war am Anfang nach der Machtergreifung, da wurden zahlreiche Ausnahmen gemacht. Juden, die am Weltkrieg teilgenommen hat ten, die sich Auszeichnungen erworben hatten, wurden anders gestellt und beruec sichtigt, wurden nicht von solchen Ausschlussmassnahmen im Beamtentum getroffen wie andere. Wie gesagt, die Hauptsache war Ausschaltung aus dem politischen Sekt dann im kulturellen.

Die Nuernberger Gesetze hatten den Zweck, die Rassentrennung klar herauszustelle und vor allem den Begriff des Mischlings fuer die Zukunft auszuschalten, weil de Begriff Halbjude, Vierteljude fortgesetzt zur Differenzierung, zu Unklarheiten auch in der Stellung fuehrten. Auch hier moechte ich betonen, dass ich persoenli mit dem Fuehrer wiederholt Aussprachen ueber den Begriff des Mischlings gehabt h

H0301 - 0018

und dem Fuehrer klar machte, dass auf die Dauer, wenn solche Juden klar getrenn sind, dazwischen nicht noch ein Teil sein koennte, der innerhalb des deutschen Volkes wiederum einen unklaren Bestandteil darstellt, der nicht auf der gleiche Ebene stehen wuerde und habe ihm hier gesagt, doch durch einen grosszuegigen Akt den Begriff des Mischlings auszuschalten und diese gleichzustellen mit den uebrigen Deutschen. Der Fuehrer griff diesen Gedanken sehr lebhaft auf und trat durchaus positiv meiner Auffassung bei und hat auch in dieser Richtung gewisse vorbereitende Anweisungen gegeben. Es kamen dann die aeusseren politisch stuerm schen Zeiten, Sudetenkrise, Tschechei, Rheinlandbesetzung, nachher Polenkrieg. Wie ich schon andeutete, trat diese Frage der Mischlinge zurueck und bei Kriegsbeginn sagte mir der Fuehrer, dass er bereit sei, die Sache positiv grosszuegig zu loesen, aber erstnach dem Kriege. Die Nuernberger Gesetze sollten nun fuer die Zukunft den Begriff der Mischlinge ausschalten durch eine klare Trennung der Rasse. Es sahen deshalb auch die Nuernberger Gesetze in ihren Strafbestimmungen niemals die Frau, sondern immer nur den Mann vor, gleichgueltig, ob er Jude oder ob er Deutscher war. Es durfte nicht die deutsche Frau oder die Juedin bestraft werden. Dann traten wieder ruhigere Zeiten ein und der Fuehrer hatte auch immer die Auffassung, dass die Juden zunaechst, wenn auch nicht in ganz fuehrenden und hervortretenden Stellen in der Wirtschaft, so doch in der Wirtschaft bleiben sollten, bis eine allmaehlich einsetzende, verstaerkt geregelte Auswanderung dieses Problem loesen sollte. Trotz der dauernden und grossen Schwierigkeiten, die es in der Wirtschaft gab, blieben die Juden in der Wirtschaft im grossen und ganzen zunaechst unbehelligt. Die ausserordentliche Verschaerfung, die spaeter dann eintrat, trat tatsaechlich erst nach den Ereignissen 1938 und dann im verschaerften Ausmasse in den Kriegsjahren ein. Auch hier war natuerlich wieder ein radikaler Fluegel auf der einen Seite, fuer den die Judenfrage bedeutender im Vordergrund stand wie die andere Seite der Bewegung, wie ueberhaupt ich gerade an dieser Stelle betonen moechte, dass der Begriff "ationalsozialismus als Weltanschauung ja doch verschieden aufgefasst wird, von der einen mehr vom Psychologischen, von der anderen mystisch, von dritten klar und politisch. So war es auch fuer die verschiedenen Programmpunkte. Fuer den einen traten sie mehr in den Vordergrund, fuer den anderen weniger. Der eine sah in Programm denn Punkt "Weg von Versailles",

H0301 - 0019

Deutschland gross und stark zu machen, frei zu machen, den wichtigsten Programmpunkt, der andere vielleicht mehr in der Judenfrage.

Rechtsanwalt Dr. Stahmer: Herr Praesident, ist Ihnen jetzt die Pause angenehm?

Vorsitzender: Es wuerde dies jetzt eine bequeme Zeit sein, zu unterbrechen.

Dr. Stahmer, koennen Sie dem Gericht mitteilen, wie lange Ihrer Ansicht nach der Angeklagte Goering noch sprechen wird?

Dr. Stahmer: Ich hoffe, dass wir morgen im Laufe des Vormittags fertig werden.

Vorsitzender: Finden Sie nicht, dass das etwas lang ist?

Dr. Stahmer: Ich werde mich bemuehen, es etwas abzukuerzen.

Welchen Anteil hatten Sie an dem Erlass der Nuernberger Gesetze vom September 19

A: Ich habe diese Gesetze in meiner Eigenschaft als Praesident des Reichstages, wo zu diesem Zeitpunkt hier in Nuernberg der Reichstag zusammengetreten ist, verkuendet, gleichzeitig mit dem Gesetz ueber die neue Reichsflagge.

Fr: In der Anklage ist einmal die Behauptung aufgestellt, dass die Vernichtung der juedischen Rasse ein Teil der Planung von Angriffskriegen gewesen sei.

A: Das hat mit der Planung von Angriffskriegen nichts zu tun. Es war auch nicht die Vernichtung der juedischen Rasse vorher geplant.

Fr: Sind Sie beteiligt an dem Vorgehen gegen die Juden in der Nacht vom 9. - 10 November 1938?

A: Ich moecht kurz darauf eingehen. Ich habe gestern aus dem Kreuzverhoer des Zeugen Koerner ersehen, dass hier ein Missverstaendnis entstanden ist. Am 9. November wurde der Marsch auf die Feldherrnhalle gefeiert. Dadurch, dass dieser Marsch jedes Jahr wiederholt wurde und hierzu kamen auch die entscheidenden Fuehrer der Bewegung zusammen. Dies meinte Koerner, als er sagte, dass alles nach Muenchen kam.

Nachdem der Marsch vorbei war, trafen sich die meisten im Muenchener Rathaus zu einem Essen, an dem der Fuehrer ebenfalls teilnahm.

Ich habe an diesem Essen an keinem Jahr teilgenommen, da ich den Muenchner Aufenthalt an diesem Tage benutzte, um nachmittags andere Dinge zu erledigen. Ich habe auch diesmal nicht an dem Essen teilgenommen, auch Koerner nicht, sondern bin mit ihm am Abend mit meinem Sonderzug nach Berlin zurueckgefahren.

H0301 - 0020

Wie ich spaeter erfahren habe, bei der Untersuchung, hat bei diesem Essen, nach dem der Fuehrer es verlassen hat, Goebbels bekanntgegeben, dass der schwerverwundete Gesandtschaftsrat in Paris diesen Verwundungen erlegen sei. Es gab eine gewisse Erregung und da-

H0301-0021

raufhin hat Goebbels scheinbar dann Worte ueber Vergeltung gesprochen und in seiner Art - er war vielleicht der allerschaerfste Vertreter des Antisemitismus - hie die Ausloesung zu denEreignissen sicherlich gegeben, nachdem der Fuehrer weg war.

Ich selbst erfuhr von den Dingen tatsaechlich bei Ankunft in Berlin, und zwar zunaechst, der Schaffner meines Wagens sagte mir, in Halle habe er Braende gesehen. Eine halbe Stunde spaeter liess ich den Adjudanten vor, der mir meldete, dass es in der Nacht zu Krawallen gekommen sei, juedische Geschaefte geplundert und eingeworfen seien, Synagogen seien angezuendet worden. Mehr wusste er zunaechst selbst nicht.

Ich fuhr in meine Wohnung und habe sofort bei der Gestapo anrufen lassen und einen Bericht ueber die Vorgaenge in der Nacht gefordert. Dies ist der Bericht, der auch hier angezogen worden ist und den mir der Leiter der Gestapo Heydrich ueber die Ereignisse machte, soweit er sie bis zu dem Zeitpunkt, also am Abend des darauffolgenden Tages, glaube ich war es, wusste.

Der Fuehrer traf ebenfalls im Laufe des Vormittags in Berlin ein. Ich habe dort ihm gesagt, mittlerweile hoerte ich, dass Goebbels mindestens stark beteiligt war, als Urheber. Ich sagte dem Fuehrer: Es sei fuer mich unmoeglich, dass derartige Vorgaenge gerade jetzt geschehen. Ich gebe mir die groesste Muehe im Vierjahresplan, die gesamte Wirtschaft aufs aeusserste zu konzentrieren. Ich habe und haette in Ansprachen an das Volk aufgefordert, jede alte Zahnpastentube, jeden rostigen Nagel, jedes Altmaterial zu sammeln und zu verwerten. Es waere unmoeglich, dass ein Mann, der fuer diese Dinge nicht verantwortlich waere, meine schwere wirtschaftliche Aufgabe dadurch steert, dass so viel wirtschaftliche Werte einerseits dadurch vernichtet werden, andererseits eine solche Unruhe in das Wirtschaftsleben hineingebracht wird.

Der Fuehrer entschuldigte etwas. Goebbels stimmte mir aber im grossen und ganzen zu, dass sich diese Dinge nicht ereignen sollten und duerften. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass so kurz nach dem Muenchener Abkommen, diese Dinge auch aussenpolitisch durchaus unguenstig von Einwirkung waeren.

Am Nachmittag sprach ich nochmals mit dem Fuehrer. Unterdessen war Goebbels bei ihm gewesen, dem ich ebenfalls in unmissverstaendlicher Weise telefonisch meine Auffassung in sehr scharfen Worten durchgegeben hatte. Ich sagte ihm damals

H0301 - 0022

noch ausdruecklich: Ich haette keine Lust, fuer seine unbeherrschten Aeusserungen, nachhernachher die Zeche zu bezahlen, wirtschaftlich gesehen.

Der Fuehrer war mittlerweile durch Goebbels etwas umgestimmt worden. Was ihm Goebbels gesagt hat, wie weit er von Erregung der Volksmenge beim Fuehrer sprach, von dringenden Ausgleichen, weiss ich nicht. Auf jeden Fall war die Einstellung des Fuehrers nicht mehr so, wie bei meiner ersten Beschwerde.

Waehrend wir sprachen kam Goebbels hinzu, der im Haus war und begann mit seine ueblichen Aeusserungen; dass es nicht hingenommen werden koennte, dies sei nun der zweite oder dritte Mord im Ausland eines Juden an einem Nationalsozialisten. Damals fiel auch zum ersten Mal von seiner Seite der Vorschlag der Auferlegung einer Busse, und zwar wuenschte er, dass die Gaue fuer sich eine derartige Busse einziehen sollten und nannte auch eine ganz unverstaendlich hohe Summe.

Ich widersprach und sagte dem Fuehrer: Wenn eine Busse, dann nur durch das Reich, denn Herr Goebbels hat hier die meisten Juden in Berlin und waere deshalb nicht der Geeignete diese Dinge zu machen, weil er hier am meisten interessiert sei. Ausserdem, wenn solch eine Massnahme gemacht wuerde, so habe nur der souveraene Staat dazu das Recht. Nach kurzem hin und her ueber die Hoehe wurde eine Milliarde festgelegt.

Ich machte dem Fuehrer aufmerksam, dass natuerlich unter Umstaenden diese Summe Rueckschlaege auf das Steueraufkommen haben wuerde. Der Fuehrer wuenschte dann und befahl, dass nunmehr auch die wirtschaftliche Loesung durchgefuehrt wuerde. Damit kein weiterer Anlass zu solchen Vorkommnissen sei, sollten in erster Linie die nach aussen sichtbaren und bekannten juedischen Geschaefte arisiert werden. Besonders die Kaufhaeuser, weil hier immer wieder es zu Zwistigkeiten kam dadurch, dass Beamte und Angestellte der Ministerien, die nur zwischen 6 - 7 Uhr abends Zeit hatten einzukaufen, sich oft dahin begaben und dadurch Schwierigkeiten hatten. Er ordnete im grossen und ganzen an, was zu geschehen habe.

Ich habe dann daraufhin die Sitzung des 12. November einberufen, mit dem fuer diese Aufgaben zustaendigen Ressort. Der Fuehrer hatte leider verlangt, dass in dieser Kommission - es sollte eine Kommission eingesetzt werden - Goebbelsmit vertreten sein sollte. Er war auch anwesend, obwohl ich sagte, dass er mit den wirtschaftlichen Dingen nichts zu tun habe.

H0301 - 0023

Es ging dann sehr lebhaft zu. Wir waren alle gereizt in dieser Sitzung. Ich ha dann die wirtschaftlichen Gesetze entwerfen lassen und habe sie dann herausgegeben Andere Vorschlaege, die ausserhalb der Wirtschaftssektors lagen, Reisebeschraenkungen, Aufenthaltsbeschraenkungen in Baeder usw. habe ich fuer meine Person, wei nicht zustaendig dafuer und weil ich nicht Auftrag fuer diese hatte, abgelehnt. Sie sind spaeter auf dem polizeilichen Sektor erlassen worden, nicht von mir und habe dann durch mein Eingreifen verschiedene Ausgleiche und Milderungen gefunden.

Ich moechte betonen, dass ich zwar oder besser gesagt, obwohl ich schriftlichen Auftrag und Befehl, muendlich und schriftlich vom Fuehrer gehabt habe, diese Gesetze durchzufuehren und zu erlassen, ich die volle und ganze Verantwortung fue diese von mir gezeichneten Gesetze auf mich nehme, denn ich habe sie erlassen und bin damit fuer sie verantwortlich und denke nicht daran mich hinter den Befehl des Fuehrers in irgendeiner Form zu verstecken.

FRAGE Etwas anderes, welche Gruende fuehrten zu der Absage an die Abruestungskonferenz und zu dem Austritt aus dem Voelkerbund?

ANTWORT: Die Hauptgruende waren vor allem, dass die anderen Staaten, die sich ebenfalls nach vollendeter Abruestung Deutschlands zur Abruestung verpflichtet waren, dieses nicht getan haben.

Der zweite Punkt war, dass man auch feststellte einen Mangel an jede Bereitwilligkeit auf berechtigte deutsche Reivisionantraege in irgendeiner Form einzugehen.

Drittens, dass mehrfache Verstoesse gegen Versailles und gegen die Voelkerbundssatzung von anderen Staaten Polen, Litauen usw. vorgekommen waren, die vom Voelkerbund zunaechst gerueegt wurden, aber schliesslich nicht abgestellt, sonder als "faits accomplies" hingenommen wurden.

Viertens, dass alle Beschwerden Deutschlands in der Minderheitenfrage zwar diskutiert und wohlgemeinte Ratschlaege gegeben wurden an die Staaten, gegen die die Beschwerden vorgebracht wurden, aber nicht das geringste zu ihrer Abhilfe ge schehen ist.

Das waren die Gruende aus dem Voelkerbund und aus der Abruestungskonferenz auszutreten.

FRAGE: Weshalb entschloss sich Hitler zur Aufruestung und zur Wiedereinfuehrung der allgemeinen Wehrpflicht?

H0301 - 0024

ANTWORT: Als Deutschland ausgetreten war aus dem Volkerbund und der Abruestungskonferenz, hat es aber gleichzeitig seinen klaren Entschluss den interessierten Hauptmaechten bekannt gegeben, auf eine allgemeine Abruestung zu kommen. Der Fuehrer machte nun verschiedene Vorschlaege, die im allgemeinen als historisch bekannt, ueber Beschraenkung auf soundsoviele Mann der aktiven Wehrmacht, auf gewisse Abschaffung von bestimmten Waffen, z.B. auch Bombenflugzeuge und mehrere dergleichen.

Jeder dieser Vorschlaege wurde aber abgelehnt und kam nicht zu einer allgemeinen Ausfuehrung, nicht einmal zur Diskussion. Als nun das klare Ergebnis beim Fuehrer und bei uns feststand, dass die andere Seite nicht daran denkt abzuruesten sondern im Gegenteil, die Gewaltmacht im Osten von uns, Russland, eine nie dagewesene Aufruestung durchfuehrte, war es notwendig zur Sicherstellung der vitalsten Interessen des deutschen Volkes, seines Lebens und seiner Sicherheit, ebenfalls nun unsererseits frei zu kommen von den Bindungen und in dem Masse aufzuruesten, wie es nunmehr ausschliesslich die eigenen Interessen und die eigene Sicherheit des Reiches erforderten. Damit war als erste Voraussetzung die Notwendigkeit gegeben, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzufuehren.

FRAGE: In welchem Umfange war die Luftwaffe an dieser Aufruestung beteiligt?

H0301 - 0025

A: Als ich im Jahre 1933 das Luftfahrtministerium gruendete, wurde noch nicht an eine Aufruestung herangegangen. Trotzdem schaffte ich gewisse Voraussetzungen. Ich schritt sofort an die Verbreiterung der fabrikatorischen Basis. Erweiterte den Luftverkehr ueber das verkehrsnotwendige Mass hinaus, um eine groessere Anzahl von Fliegern ausbilden zu koennen. Ich uebernahm damals eine Reihe von jungen Leuten, Fahnriche, Leutnants, die bei der Wehrmacht daraufhin den Abschied nehmen mussten um sie zuerst in die Verkehrsfliegerei einzufuegen und dort das Fliegen zu lernen. Ich war mir von Anfang an klar, dass eine der allerwichtigsten Voraussetzungen fuer die Sicherheit meines Volkes, der Schutz auch im vertikalen Raum, das heisst in der Luft, notwendig sei. Ich hatte zuerst geglaubt mit einer Abwehrluftwaffe, das heisst mit einer Jaegerwaffe, vielleicht auszukommen. Bei Ueberlegung aber kam ich, und moechte unterstreichen was der Zeuge Feldmarschall Kesselring ausgesagt hat, zu der Uebersetzung, dass man allein mit einer Jagdwaffe zur Abwehr verloren ist, und dass auch zu einer defensiven Waffe Bombenflugzeuge gehoeren um sie offensiv gegen die feindliche Luftwaffe einsetzen zu koennen. Ich liess daher auch aus den Verkehrsflugzeugen heraus Bombertypen entwickeln. Am Anfang ging die Aufruestung lantsam vor sich. Es musste alles von Grund auf neu geschaffen werden, da in der Luftwaffe an Ruestung nichts vorhanden war. Im Jahre 1935 erklaerte ich dem Fuehrer, dass ich es nunmehr fuer richtig halten wuerde, nachdem uns immer wieder Absagen auf unsere Vorschlaege gegeben worden waren, der Welt offen zu erklaeren, dass wir eine Luftwaffe schaffen, und dass ich hierfuer eine gewisse Voraussetzung geschaffen haette. Es geschah dies in Art eines Interviews das ich einem englischen Korrespondenten gegeben hatte.

Nunmehr konnte ich auch im groesseren Masse aufruesten. Trotzdem blieb es zunaechst, wie wir es nannten eine "Risiko-Luftwaffe", das heisst insofern Risiko, falls ein Gegner Deutschland angreifen sollte, dass er immerhin schon auf eine Luftwaffe treffen wuerde. Sie war aber noch keineswegs stark genug um ihrerseits ins Schwergewicht zu fallen. 1936 kommt nun dies bekannte Protokoll, das dem Zeugen Bodenschatz vorgelegt wurde, wo ich sagte, wir muess von Stunde an mobilmachungsmaessig arbeiten, Geld spielt keine Rolle, kurz gesa ich uebernehme die Verantwortung fuer das Ueberziehen des Etats.

Da vorher nichts da war, konnte ich nur einigermassen rasch aufholen,

H0301 – 0026

wenn ich die Luftwaffenindustrie einerseits mit hoechsten Schichten und Touren, also mobilmachungsmaessig und mit hoechster Anspannung laufen liess, andererseits Ausbildung, Ausbau der Bodenorganisation und all diese Dinge sogleich mit hoechsten Nachdruck durchfuehrte. Die Lage 1936 kennzeichnete ich in dem Protokoll meiner Mitarbeiter als ernst. Die anderen Staaten haetten zwar nicht abgeruestet aber da und dort ihre Luftwaffe vielleicht vernachlaessigt. Heftige Debatten ueber den Aufbau und die Modernisierung der Luftwaffe fanden in England statt. In Russland wurde fieberhaft gearbeitet, darueber hatten wir einwandfreie Berichte. Ich komme im Falle Russland, noch zur russischen Aufruestung.

Als in Spanien der Buergerkrieg ausgebrochen war, sandte Franco einen Hilferuf an Deutschland um Unterstuetzung, besonders in der Luft. Man darf nicht vergessen, France stand mit seinem eigentlichen Truppen in Afrika und er konnte sie nicht herueberbekommen, da die Flotte in Haenden der Kommunisten war oder wie sie sich damals nannte, der zustaendigen Revolutionsregierung in Spanien. Das entscheidende war, dass zunaechst seine Truppen nach Spanien kamen.

Der Fuehrer ueberlegte sich, aber ich draengte lebhaft die Unterstuetzung zu geben. Einmal um der Ausweitung des Kommunismus an dieser Stelle entgegenzutreten, zum zweiten aber, um meine junge Luftwaffe bei dieser Gelegenheit in diesem oder jenem Punkt zu erproben.

Ich sandte mit Genehmigung des Fuehrers einen grossen Teil meiner Transportflotte und sandte eine Reihe von Erprobungskommandos meiner Jaeger, Bomber, un. Flakgeschuetze hinunter und hatte auf diese Weise Gelegenheit im scharfen Schuss zu erproben ob das Material zweckentsprechend entwickelt wurde. Damit auch das Personal eine gewisse Erfahrung bekam, sorgte ich fuer einen starken Umlauf, das heisst immer wieder Neue hin und die Anderen zurueck.

Die Aufruestung der Luftwaffe forderte aber als Voraussetzung die Schaffung einer ganzen Reihe neuer Industrien. Es nuetzte mir nichts eine starke Luftwaffe aufzubauen und kein Benzin dafuer zu haben. Ich musste also auch hier die Filtrierwerke aufs schaerfste forcieren. Es gab auch noch andere Zusatzindustrien, vor allen Dingen Alluminium. Da ich nun fuer die Sicherheit des Reiches die Luftwaffe, bei der weiteren Modernisierung der Technik, als wichtig

H0301 - 0027

Wehrmachtsbestandteil ansah, musste ich pflichtgemaess als Oberbefehlshaber alles tun um sie aufs hoechste zu entwickeln und da nichts da war, musste hi r aufs hoechste und mit hoechsten Nachdruck gearbeitet werden. Das habe ich getan. Es ist hier viel in einem Kreuzverhoer ueber 4 motorige Bomber, 2 motorige Bomber usw, gesprochen worden. Die Zeugen gaben Auskunft so gut sie es wussten und konnten. Sie ueberblickten aber nur Teilgebiete und aeusserten ihre Ansicht von ihrem Standpunkt aus.

Allein verantwortlich war ich und bin ich, denn ich war Oberbefehlshaber und war der Minister. Ich war verantwortlich fuer die Ruestungstechnik, verantwortlich fu r die Ausbildung, verantwortlich fuer den Geist der Luftwaffe.

Wenn ich keine 4 motorigen Bomber zu Anfang oder in jenem Stadium geschaffen habe, dann nicht deshalb weil ich Bedenken gehabt haben wuerde, diese koennten mir evt. als eine Angriffswaffe ausgelegt werden. Das haette mich keinen Augenblick gestoert. Ausschliesslich deshalb weil technische und fabrikatorische Voraussetzungen hier nicht gegeben waren. Es war eben von meiner Industrie dieser Bomber noch nicht entwickelt, jedenfalls nicht so, wie ich ihn haette brauchen koennen. Zweitens war ich noch knapp mit Aluminium und jeder, halbwegs Fachmann, weiss wieviel Aluminium ein 4 motoriger schluckt, und wieviel Jaeger bezw. 2 motoriger Bomber man dafuer bauen kann.

Ich musste mir zunaechst einmal ansehen, wer kommt als Gegner, Kriegsgegner fuer Deutschland in Frage. Reichen die technischen Voraussetzungen fuer Begegnung eines solchen Angriffes der auf Deutschland kommen wuerde aus. Als Gegner kam in Frage Russland, den ich als Hauptgegner ansah. Es kam aber auc in Frage England, Frankreich, auch Italien. Ich musste ja mit allen pflichtgemaess rechnen.

Fuer den europaeischen Kriegsschauplatz genuegten mir zunaechst Bomber, die die wichtigen Zentren der Ruestungsindustrie erreichen konnten. Ich brauchtd zunaechst keine, die darueber hinausgingen. Es war wichtig mehr zu besitzen, die diese Moeglichkeit hatten.

In einer Ansprache an die Luftindustriellen habe ich keinen Zweifel darueber gelassen, dass ich sehnlichst und dringend einen Bomber wuensche, der auch mit der notwendigen Bombenlast nach Amerika fliegen koennte und wieder zurueck. Ich habe besonders aufgefordert, daran zu arbeiten, fuer den Fall,

H0301 - 0028

Wehrmachtsbestandteil ansah, musste ich pflichtgemaess als Oberbefehlshaber alles tun um sie aufs hoechste zu entwickeln und da nichts da war, musste hi r aufs hoechste und mit hoechsten Nachdruck gearbeitet werden. Das habe ich getan. Es ist hier viel in einem Kreuzverhoer ueber 4 motorige Bomber, 2 motorige Bomber usw, gesprochen worden. Die Zeugen gaben Auskunft so gut sie es wussten und konnten. Sie ueberblickten aber nur Teilgebiete und aeusserten ihre Ansicht von ihrem Standpunkt aus.

Allein verantwortlich war ich und bin ich, denn ich war Oberbefehlshaber und war der Minister. Ich war verantwortlich fuer die Ruestungstechnik, verantwortlich fu r die Ausbildung, verantwortlich fuer den Geist der Luftwaffe.

Wenn ich keine 4 motorigen Bomber zu Anfang oder in jenem Stadium geschaffen habe, dann nicht deshalb weil ich Bedenken gehabt haben wuerde, diese koennten mir evt. als eine Angriffswaffe ausgelegt werden. Das haette mich keinen Augenblick gestoert. Ausschliesslich deshalb weil technische und fabrikatorische Voraussetzungen hier nicht gegeben waren. Es war eben von meiner Industrie dieser Bomber noch nicht entwickelt, jedenfalls nicht so, wie ich ihn haette brauchen koennen. Zweitens war ich noch knapp mit Aluminium und jeder, halbwegs Fachmann, weiss wieviel Aluminium ein 4 motoriger schluckt, und wieviel Jaeger bezw. 2 motoriger Bomber man dafuer bauen kann.

Ich musste mir zunaechst einmal ansehen, wer kommt als Gegner, Kriegsgegner fuer Deutschland in Frage. Reichen die technischen Voraussetzungen fuer Begegnung eines solchen Angriffes der auf Deutschland kommen wuerde aus. Als Gegner kam in Frage Russland, den ich als Hauptgegner ansah. Es kam aber auc in Frage England, Frankreich, auch Italien. Ich musste ja mit allen pflichtgemaess rechnen.

Fuer den europaeischen Kriegsschauplatz genuegten mir zunaechst Bomber, die die wichtigen Zentren der Ruestungsindustrie erreichen konnten. Ich brauchtd zunaechst keine, die darueber hinausgingen. Es war wichtig mehr zu besitzen, die diese Moeglichkeit hatten.

In einer Ansprache an die Luftindustriellen habe ich keinen Zweifel daruber gelassen, dass ich sehnlichst und dringend einen Bomber wuensche, der auch mit der notwendigen Bombenlast nach Amerika fliegen koennte und wieder zurueck. Ich habe besonders aufgefordert, daran zu arbeiten, fuer den Fall,

H0301 - 0029

dass Amerika in einen Krieg gegen Deutschland eintreten wuerde, ich ebenfalls die amerikanische Ruestungsindustrie erreichen koennte.

Es war also nicht an dem, dass ich sie nicht wollte. Ich habe sogar, wie ich mich erinnere, ein grosses Preisausschreiben fuer Bomber gemacht, die in grossen Hoehen und mit grossen Geschwindigkeiten grosse Strecken ueberwinden koennten. Bereits vor Kriegsbeginn haben wir ja schon das propellerlose Flugzeug zu entwickeln begonnen.

Alles in allem moechte ich abschliessend sagen, ich habe alles getan, was unter den damaligen technischen und fabrikatorischen Voraussetzungen in hoechstem Masse fuer den Aufbau und Aufruestung einer starken Luftwaffe getan werden konnte. Bei den damals technischen Erkenntnissen konnten nach 5 Jahren Krieg andere technische Erkenntnisse und praktische Erkenntnisse auftreten, das ist ein Erfahrungsgrundsatz. Ich wollte bereit sein eine Luftwaffe zu besitzen, die wie sich auch die politische Lage entwickeln sollte, stark genug waere, das Vaterland zu schuetzen und stark genug, dem Feinde des Vaterlandes Schlaege beizubringen. Es ist durchaus richtig, wenn Herr Oberrichter Jackson gefragt hat, ob die schnelle Erledigung Polens und Frankreichs darauf zurueckzufuehren ist, dass die deutsche Luftwaffe hier nach modernen Grundsaetzen so ausgiebig mitwirkte. Es war die die entscheidendste tatsaechlichste Voraussetzung hierfuer. Andererseits, was mich nichts angeht, das ist der Einsatz der amerikanischen Luftwaffe und diese war auch die Voraussetzung fuer den Sieg der Alliierten.

F. Hing mit diesem Aufbau zusammen, dass Ihnen die Kontrolle ueber die Rohmaterialien bereits im April 1936 uebertragen wurde?

A. Ich brauche nicht wiederholen, was der Zeuge Koerner gestern oder vorgestern ausgefuehrt hat, ueber die allmaehliche Entstehung und Einschaltung meiner Person in die Wirtschaftsfuehrung. Der Ausgangspunkt war die landwirtschaftliche Krise im Fruehjahr 1935. Im Sommer 1936 kam der damalige Kriegsminister von Blomberg, der damalige Wirtschaftsminister und Reichsbankpraesident Dr. Schacht und Minister Kerrl zu mir, ob ich bereit waere, ihren Vorschlag, dem sie dem Fuehrer unterbreiten wollten, dass ich als Rohstoff- und Devisenkommissar eingesetzt wuerde, anzunehmen. Es bestand Einigkeit, dass ich hier nicht als

H0301 - 0030

wirtschaftlicher Fachmann auftrat, das war ich nicht, sondern, dass es darum ging, die Schwierigkeiten bei der Knappheit der Devisen, die sich im Ausgleich dauernd durch die Anforderungen befinden mussten und gleichzeitig die scharfe Heranschaffung und der Aufbau von Rohstoffen, dass hierzu jemand notwendig war, der Massnahmen verfuegte, die viele ohne weiteres nicht verstanden, vom Volk durch seine Autoritaet einmal gedeckt wuerde und zweitens, dass ich auf diesem Gebiet nicht als Fachmann, wohl aber als Treiber, also meine Energie einsetzen sollte. Minister Schacht, der Fachminister war, hatte Schwierigkeiten mit der Partei. Er war nicht Parteimitglied. Er war zwar beim Fuehrer und bei mir damals in hohem Ansehen, aber weniger bei der Parteigenossenschaft. Es bestand die Gefahr, dass die Massnahmen,die richtig waren, von dort nicht verstanden wurden und hier waere ich nun der richtige Mann dem Volk und der Partei gegenueber die Dinge abzudecken. So kam es dazu. Aber, da ich als Luftfahrtminister, wie ich schon ausfuehrte, interessiert war an Rohstoffen, schaltete ich mich staerker und staerker selbst ein. Ich musste selbst Entscheidungen faellen und musste sie in verschaerftem Masse faellen. Dadurch kam ich in die ganze Wirtschaftsfuehrung hinein. Ich widmete sehr viel Zeit meiner Aufgabe, und zwar vor allen Dingen der Beschaffung der notwendigen Rohstoffe fuer die Sicherung der Wirtschaft, und fuer die Sicherung der Aufruestung; daraus entstand dann der Vierjahresplan, der mir weitgehendste Vollmachten gab.

F. Welches Ziel hatte der Vierjahresplan?

A. Der Vierjahresplan hatte zwei Ziele. Erstens die deutsche Wirtschaft soweit irgend sie moeglich auch im landwirtschaftlichem Sektor eisenfest zu machen. Zweitens, fuer den Fall eines Krieges, Deutschland blockadefest soweit wie irgend moeglich zu machen. Es war also notwendig, einmal die Landwirtschaft auf die aeusserste Kraft zu steigern, richtig zu erfassen zu lenken, den Verbrauch zu steuern und hier Vorraete, durch Verhandlungen mit dem Auslande usw., einzulagern. Ferner zur Ueberpruefung, welche Rohstoffe die bisher eingefuehrt wurde, in Deutschland selbst gefunden, erzeugt und beschafft werden koennten. Welche Rohstoffe, deren Einfuehrung Schwierigkeiten machte, durch andere, vielleicht zu beschaffen waren, ersetzt werden konnten. In Kuerze; auf dem landwirtschaftlichen Sektor, Ausbau jeder verfuegbaren Flaeche. Regulierung

H0301 – 0031

des Anbaues nach Notwendigkeit der Fruechte. Steuerung der Viehwirtschaft. Sammlung von Reserven fuer Notzeiten und schlechter Ernte. Auf dem gewerblichen Sektor, Schaffung einer Industrie, die Grundstoffe liefert. Kohle war an sich genuegend da, die Foerderung musste aber ganz erheblich und ganz bedeutend gesteigert werden, Kohle, der Urrohstoff, von dem allen anderen Dinge ausgingen. Unsere Eisenindustrie hatte sich derartig vom Auslande abhaengig gemacht, dass im Falle einer Krise hier die verhaengnisvollste Lage eintreten konnte. Ich verstehe, dass es vom reinen finanziellen und geschaeftlichen Punkt richtig war, aber wir mussten aber trotzdem daran gehen, die deutschen Erze, die da waren, allerdings in viel schlechterem Gehalt wie die schwedischen Erze, zu foerdern und bereitstellen. Die Industrie zwingen, die zunaechst zu mischen und sich auch mit diesen deutschen Erzen abzufinden. Ich liess leichtfer-

H0301 – 0032

tigerweise ein Jahr Zeit. Da sie dann immer noch nicht an die Erschliessung ging, gruendete ich die Reichswerke, die dann meinen Namen bekamen, mit dem Ziele, die in deutschem Boden vorkommenden Roheisenerze in den Huettenwerken zu verwerten. Es waren notwendig, die Gruendung der Filtrierwerke, Aluminiumwerke und verschiedener anderer, und dann die Entwicklung der sogenannten Kunststoff-Industrie zu foerdern, um notwendige, schwer zu erhaltende Rohstoffe, die nur aus dem Auslande bezogen werden konnten, auszugleichen. Dazu gehoerte auch auf dem zivilen Gebiet die Umstellung der Textilindustrie und I.G.Farben.

Das war im grossen und ganzen die Aufgabe des Vierjahresplanes. Natuerlich war eine dritte Frage, die Arbeiterfrage. Der Ausgleich musste auch hier geschaffen werden. Die wichtigste Industrie musste Arbeiter erhalten, unwichtige Industrien mussten sie abgeben. Steuerung dieses Arbeitseinsatzes der sich vor dem Kriege ja rein intern in Deutschland auswirkte, war ebenfalls Aufgabe des Vierjahresplanes und der Abteilung "Arbeitseinsatz." Der Vierjahresplan selbst hatte sehr rasch einen grossen Umfang als Behoerde angenommen. Ich uebernahm fuer zwei Monate, nach Weggang von Herrn Schacht, das Wirtschaftsministerium, ordnete den Vierjahresplan dort ein, und behielt dann nur einen ganz kleinen Mitarbeiterstab, und fuehrte die Aufgaben mit Hilfe der vorhandenen und zustaendigen Ministerien durch.

F: Lag der Durchfuehrung dieser Plaene das Ziel zu Grunde, einen Angriffskrieg vorzubereiten?

A: Nein. Das Ziel der Plaene war, wie ich sagte, Deutschland krisenfest in der Wirtschaft und blockadefest fuer den Fall eines Krieges zu machen und selbstverstaendlich im Vierjahresplan die Voraussetzung fuer die Aufruestung mit durchzuziehen. Das war ja auch eine seiner wichtigen Aufgaben.

F: Wie kam es zu der Besetzung des Rheinlandes?

A: Die Besetzung des Rheinlandes ist nicht wie hier behauptet wurde, von langer Hand vorbereitet gewesen, sondern daswas vorher besprochenwar, handelte sich nicht um die Besetzung des Rheinlandes, sondern fuer den Fall, dass Deutschland angegriffen wuerde, wuerden Mobilmachungs-Massnahmen im Rheinland erlassen werden.

Zur Besetzung des Rheinlandes kames aus zwei Gruenden:

Die Balance die durch den Locarno-Pakt geschaffen worden war, war in Westeuropa

H0301 – 0033

gestoert worden dadurch, dass ein neuer Faktor im Beistandssystem Frankreichs auftrat, naemlich Russland, mit einer damals schon ausserordentlichen Praesenzstaerke seiner Wehrmacht. Weiter kam der russisch-tschechische Buendnis oder Beistandspakt. Damit war die Voraussetzung, nach unserer Fassung, fuer Locarno weggefallen.

Es war nun eine solche Bedrohung fuer Deutschland eingetreten, oder die Moeglichkeit einer solchen Bedrohung, dass es ehr- und pflichtvergessen von der Regierung gewesen waere, wuerde sich nicht alles getan haben um auch hier die Sicherheit des Reiches zu gewaehrleisten. Die Armee machten von ihrem souveraenen Recht Gebrauch und befreite sich auch von der entwuerdigenden Verpflichtung, einen Teil des Reiches nicht unter seinen Schutz zustellen, sondern nahm auch diese wichtigen Teile des Reiches unter seinen Schutz.

Nun ist ja die Anlage einer solch starken Befestigung, einer solch teueren Befestigung und solch einer umfangreichen Befestigung nur dann gerechtfertigt, wenn man diese Grenze als eine definitive und endgueltige ansieht. Wenn ich beabsichtige, eine Grenze in absehbarer Zeit hinauszuschieben, dann kann es niemals moeglich sein, ein solch kostspieliges und das ganze Volk so belastendes Unternehmen, wie der Bau des Westwalles, festzulegen. Es geschah dies, das moechte ich hier ganz besonders betonen von Anfang an, in einer absolut defensiven Richtung und war eine Defensivmassnahme. Sie sicherte die Westgrenze des Reiches vor einer Bedrohung, die durch ein neueintretendes Zusammenspiel oder durch eine neueingetretene Kraefteverschiebung, wie der Beistandspakt Frankreich-Russland, bedrohlich fuer Deutschland geworden war. Die tatsaechliche Besetzung, nun der Entschluss hierzu, das Rheinland zu besetzen, wurde sehr kurzfristig gefasst. Die Truppen, die in das Rheinland einmarschierten, waren so geringfuegig -- es steht ja so fest -- dass sie eigentlich nur eine programmatische Besetzung darstellten Die Luftwaffe zunaechst konnte ueberhaupt nicht in das linke Rheingebiet, weil keine entsprechende Bodenorganisation da war. Sie ging in die sogenannte entmilitarisierte rechtsrheinische Zone, Duesseldorf und andere Staedte. Es war also nicht so, als ob nun ploetzlich das Rheinland mit einer grossen Welle von Truppen besetzt wurde, sondern es war, wie gesagt, dass einige Bataillone, wenige Batterie zunaechst, einmarschierten, um damit programmatisch zu erklaeren: das Rheinland

H0301 - 0034

ist nun auch in dieser Beziehung wieder unter die volle Souverenitaet des souveraenen Reiches getreten und wird in Zukunft ebenso geschuetzt werden.

F: Welche Ziele verfolgte Hitler mit der Schaffung des Reichsverteidigungsrates und dem Erlass des Reichsverteidigungsgesetzes?

A: Der Reichsverteidigungsrat hat hier in den letzten Monaten eine grosse Rolle gespielt. Ich bitte nicht missverstanden zu werden, ich glaube, dass in diesen Monaten mehr von ihm gesprochen wurde, als er bei Bestehen jemals hat sprechen koennen. Zunaechst heisst es Reichsverteidigungsrat und nicht Reichsangriffsrat. Der Reichsverteidigungsrat ist eine solche Selbstverstaendlichkeit. Er ist in jedem anderen Lande vorhanden, in irgendeiner Form, mag nun der Name so sein oder nicht. Zunaechst bestand ein Reichsverteidigungsausschuss, schon vor unserer Machtergreifung. In diesem Reichsvertiedigungsausschuss waren Referenten aller Ministerien, um die Mobilmachungsvorbereitungen oder besser gesagt, Mobilmachungsmassnahmen die sich automatisch bei irgend einer Verwicklung, sei es, dass man in den Krieg kommt oder dass die Moeglichkeiten bestehen oder dass andere Staaten ander Grenze Krieg fuehren und man auf seine Neutralitaet aufpassen musste. Es sind dies die normalen, laufenden Massnahmen, festzustellen, wieviele Pferde ausgehoben werden muessen bei der Mobilmachung, welche Fabriken umgestelltwerden muessen, ob die Brotkarte einzufuehren ist, die Fettkarten, Abrollendes Verkehrs usw., all diese Dinge, ich brauche nicht naeher darauf einzugehen, weil sie eine solche Selbstverstaendlichkeit sind. Diese Besprechungen fanden im Reichsverteidigungsausschuss, Referentenbesprechung, geleitet von dem damaligen Chef des Ministeramtes im Reichskriegsministerium, unter Keitel, statt. Der Reichsverteidigungsrat wurde zunaechst vorsorglich, als die Wehrmacht wieder eingefuehrt wurde, bestimmt, blieb aber auf dem Papier. Ich selbst bin, glaube ich, stellvertretender Vorsitzender oder Vorsitzender gewesen, ich weiss es nicht, ich habe es hier gehoert. Ich versichere unter meinem Eid, dass ich niemals und zu keinem Zeitpunkt an einer Sitzung teilgenommen habe, wo der Reichsverteidigungsrat als solcher einberufen wurde. Diese Besprechungen, die notwendig fuer die Reichsverteidigung waren, wurden in ganz anderem Zusammenhang, in ganz anderer Form, je nach Notwendigkeit, gefuehrt. Selbstverstaendlich wurden Besprechungen ueber die Verteidigung des Reiches gefuehrt, aber nicht in Form des Reichsverteidigungsrates

H0301 - 0035

Er bestand auf dem Papier, trat aber nicht zusammen. Aber selbst dann waere da ja nur sinngemaess gewesen. Es wird ja hier von Verteidigung gesprochen, aber nicht v Angriff. Das Reichsverteidigungsgesetz, d.h., besser gesagt, der Ministerrat fuer die Reichsverteidigung, das meinen Sie wohl, derwurde erst einen Tag vor Kriegsausbruch etabliert, weil der Reichsverteidigungsrat eben nicht da war, praktisch. Nunwar dieser Ministerrat fuer die Reichsverteidigung nicht gleichzusetzen etwa, um ein Beispiel zu nennen, dem sogenannten Kriegskabinett, das in England gebildet wurde, nach Ausbruch des Kriegesoder vielleicht auch in anderen Staaten, sondern dieser Ministerrat sollte in einem abgekuerzten Verfahren nur die notwendigen Kriegserlasse, Kriegsgesetze fuer den taeglichen Ablauf, der Erlaeterung der Bevoelkerung, schaffen, unter weitgehendster Entlastung des Fuehrers, dersich die Fuehrung der militaerischen Operationen ja selbst vorbehalten hatte. Der Ministerrat hat deshalb zunaechst auch die Gesetze erlassen, die ebenfalls, wie ich erwaehnen moechte, normal sind fuer jeden Kriegsbeginn, in jedem Land. Er hat in der ersten Zeit drei-bis viermal noch getagt, dann nicht mehr. Ich habe dann ebenfalls nicht mehr die Zeit gehabt. Zur Abkuerzung des Verfahrens wurden die Gesetze, entweder im Umlauf durchgebracht und erlassen. Schon ein Jahr darauf, oder eineinhalb Jahre darauf, ich weiss es nicht genau, hat der Fuehrer die Gesetzgebung direkt oder im Erlassverfahren wieder stark an sich gezogen. Ich habe dann viele Gesetze mitgezeichnet, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates. Aber auch das fiel in den letzten Jahren fast gaenzlich fort. Getagt hat dieser Ministerrat nach 1940, glaube ich, ueberhaupt nicht mehr.

F: Die Anklagebehoerde hat ein Dokument vorgelegt, PS-2261. In diesem Dokument ist ein Reichsverteidigungsgesetz vom 21. Mai 1935 erwaehnt, das auf Anordnung des Fuehrers zunaechst ausgesetzt worden ist. Ich lasse Ihnen diese Urkunde vorlegen und bitte dazu Stellung zu nehmen.

(Dem Zeugen wird ein Dokument ueberreicht.)

A: Kenne ich.

F: Wollen Sie sich bitte dazu aeussern?

A: Nachdem der Reichsverteidigungsrat vorher bestand, war, fuer den Fall einer Mobilmachung, ein Reichsverteidigungsgesetz im Jahre 1935 vorgesehen worden. Die Zustimmung, also der Beschluss, besser gesagt, war im Reichskabinett gefasst und

H0301 - 0036

dieses Gesetz galt dann fuer den Fall einer Mobilmachung, es sollte dann in Kraft treten. Tatsaechlich ist es aber abgeloest worden, als die Mobilmachung eintrat, durch das oben erwaehnte Gesetz ueber den Ministerrat fuer die Reichsverteidigung. In diesem Gesetz wurde nun, das ja vor dem Vierjahresplan lag, naemlich 1935, ein Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft geschaffen, fuer den Mobilmachungsfall zunaechst, und ein Generalbevollmaechtigter fuer die Verwaltung d.h. also, wenn es zum Kriege kom t, sollten die Ressorts der gesamten Verwaltung durch einen Minister zusammengefasstworden und die ganzen Ressorts der Wirtschaft und die, die mit der Ruestung zu tun hatten, ebenfalls durch einen Minister. Der eine, der Generalbevollmaechtigte fuer die Verwaltung, trat mehr oder weniger vorher, vor der Mobilmachung, ueberhaupt nicht in Erscheinung. Der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft hingegen, sollte, ohne dass dieser Titel in die Oeffentlichkeit kam, schon mit seinen Aufgaben sofort beginnen. Das war auch notwendig. Daraus vielleicht erklaert sich am klarsten, dass es bei Schaffung des Vierjahresplanes zu zwangslaeufigen Reibungen zwischen dem Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft und dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan kommen musste, weil beide, mehr oder weniger, aehnliche oder dieselben Aufgaben hatten. Als deshalb 1936 ich beauftragt wurde, fuer den Vierjahresplan, hoerte praktisch die Taetigkeit des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft auf.

DR. STAHMER: Herr Praesident, soll ich jetzt aufhoeren mit dem Fragen?

VORSITZENDER: Ja, ich glaube, dass dies ein guenstiger Zeitpunkt waere.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14:00 Uhr des gleichen Tages vertagt)

595

H0301 - 0037

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG . DEUTSCHLAND, 14. MAERZ 1946
SITZUNG 14.00 UHR bis 17.00 UHR.

Dr. Stahmer: Hier ist wiederholt eine Bezeichnung aufgetaucht "Reichsforschungsrat". Um welche Einrichtung handelte es sich dabei ?

A: Ich glaube, es war im Jahre 1943, als ich den Auftrag erhielt, die gesamte deutsche Forschung in Sonderheit, soweit sie fuer die Kriegsfuehrung dringend notwendig war, zusammenzufassen. Leider geschah diese Zusammenfassung viel zu spaet. Es sollten parallele Forschungen vermieden und ebenso unnoetige Forschungen ausgeschaltet werden, Konzentration der gesamten Forschung auf die kriegswichtigsten Probleme. Ich selbst wurde Praesident des Reichsforschungsrates und stellte die Richtlinien fuer diese Forschung auf und fasste diese Forschung in dem eben angedeuteten Sinne zusammen.

F: Hing das in Zusammenhang mit dem Forschungsamt der Luftwaffe ?

A.: Nein, das Forschungsamt der Luftwaffe war etwas absolut anderes, hatte mit Forschung einerseits und mit der Luftwaffe andererseits nicht das geringste zu tun. Der Ausdruck war eine Art Camouflage, denn, als wir an die Macht kamen, war ein ziemliches Durcheinander in dem technischen Teil der Ueberwachung wichtiger Nachrichten. Ich habe deshalb zunaechst das Forschungsamt gegruendet, das heisst, eine Stelle, wo alle technischen Einrichtungen zur Ueberwachung des Funkbetriebes, der Telegraphie, der Telefonie und aller sonstigen technischen Einrichtungen moeglich war. Da ich damals nur Reichsluftfahrtminister war, konnte ich diese Apparatur nur bei mir unterbringen und waehlte diesen Camouflage-Ausdruck. Der Apparat diente dazu, vor allen Dingen die auswaertigen Missionen, die wichtigen Persoenlichkeiten, die mit dem Ausland telefonierten, telegrafierten und funkten, wie das ueberall und in allen Staaten ueblich ist, zu ueberwachen und den einzelnen Resorts dann die Auswertung zuzustellen. Das Amt hatte keinen Agentendienst, keinen Nachrichtendienst, sondern war eine rein technische Stelle, erfasste Funkspruch, erfasste Telefongespraeche, wo es befohlen war, zu ueberwachen, erfasste Telegramme und gab die Auswertung an die interessierten Stellen.

H0301 - 0038

In diesem Zusammenhang kann ich betonen, dass ich auch viel ueber die Meldungen des Herrn Messerschmidt, die hier eine Rolle spielten, gelesen habe. Er war zeitweise der Hauptlieferant fuer derartige Meldungen.

F: Welchen Zweck, welche Bedeutungen hatte der Geheime Kabinettrat, der einige Zeit nach der Machtuebernahme geschaffen wurde ?

A.: Im Februar 1938 kam es zum Ruecktritt des Kriegsministers Feldmarschall von Blomberg. Gleichzeitig, durch besondere Umstaende, trat der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, zurueck, oder besser gesagt, verabschiedete ihn der Fuehrer. Dieser Zusammenfall dieser beiden Ausscheidungen oder Verabschiedungen belasteten in den Augen des Fuehrers nach aussen hin etwas stark die Wehrmacht. Er wollte nun eine gewisse Ablenkung, und diese Aenderung in der Wehrmacht durch eine Gesamtrevirement nach aussen hin von der Wehrmacht abzulenken. Er sagte dabei, er wollte vor allem daran denken, das Aussenministerium zu wechseln, da nur dieser Wechsel stark im Ausland notifiziert wuerde und das Augenmerk von den militaerischen Dingen abzulenken geeignet sei. Ich habe damals dem Fuehrer auf das lebhafteste widersprochen; in persoenlichen, langwierigen, langstuendigen Unterredungen habe ich ihn dringend gebeten, von einem Wechsel des Aussenministeriums Abstand zu nehmen. Er glaubte aber darauf bestehen zu muessen. Nun tauchte die Frage auf, was nach dem Ruecktritt, oder dem Wechsel besser gesagt, von Herrn von Neurath zu geschehen habe. Der Fuehrer wollte Herr von Neurath, den er persoenlich sehr hoch schaetzte, absolut im Kabinett behalten. Ich habe selbst immer meiner Verehrung fuer Herrn von Neurath Ausdruck gegeben. Um nun nach aussen kein Absinken im Prestige des Herrn von Neurath herbeizufuehren, kam ein Vorschlag, der ausschliesslich von mir selber allein ausging, an den Fuehrer. Ich sagte ihm, um auch nach aussen hin noch wenigstens erscheinen zu lassen, als ob Herr von Neurath nicht voellig von der Aussenpolitik zurueckgezogen sei, schluege ich vor, ihn zum Vorsitzenden des Geheimen Kabinettrates zu machen. Einen solche Rat gaebe es zwar nicht, aber der Ausdruck waere sehr schoen und es koennte sich jeder darunter irgend etwas vorstellen. Der Fuehrer sagte, wir koennen ihn aber nicht zum Vorsitzenden machen, wenn wir keinen Rat haben. Daraufhin sagte ich, dann machen wir einen, und schrieb aus dem Handgelenk einige Personen auf. Wie wenig ich diesem Rat Wert beilegte, mag daraus hervorgehen

H0301 - 0039

dass ich selbst, glaube ich, als einer der Letzten erschien.
Die aeussere Form nun wurde noch gegeben, die Beratung in der Aussenpolitik. Als ich zurueckkam, sagte ich zu meinen Freunden, ich glaube, die Sache ist ganz gut gegangen, aber der Fuehrer laesst sich von einem Aussenminister wenig beraten, von einem Kabinettsrat in der Aussenpolitik schon garnicht; zu tun werden wir damit nichts haben.

Ich erklaere unter Eid, dass dieser Kabinettsrat nie, zu keinem Zeitpunkt, auch nur fuer einige Minuten zusammengetreten ist, nicht mal zu seiner Konstitution. Ein Teil dieser Mitglieder, weiss ich nicht, ob sie ueberhaupt Kenntnis hatten, dass sie dazu gehoerten.

F.: Wann hat das Reichskabinett zuletzt getagt ?

A: Soweit ich mich erinnere, war die letzte Tagung des Reichskabinetts 1937 und, soweit ich mich erinnere, habe ich sogar die letzten Sitzungen bereits praesidiert, nachdem der Fuehrer kurz zu Beginn weggegangen war. Der Fuehrer hielt nichts von Kabinettssitzungen, es war ihm der Kreis zu gross, und es wurde ihm vielleicht auch zuviel dabei in seine Absichten gesprochen, und er wollte es wohl auch etwas anders haben. Von da ab haben nurmehr Einzelbesprechungen, einzelne oder zusammengefasste Besprechungen von interessierten Ressor-Ministern stattgefunden, nachdem die Minister mit Recht dies als doch etwas fuer ihre Arbeit erschwerend empfanden, wurde dadurch ein Ausgleich geschaffen, dass ich unter der Firma "Vierjahres-Plan" haeufiger die Minister zusammenrief, um mit ihnen ueber die allgemeinen Dinge zu sprechen. Hingegen wurde niemals im Kabinetts- oder Ministerrat irgend eine politische Entscheidung von Tragweite, wie sie spaeter im Anschluss Oesterreichs, Sudetenland, Tschechoslowakei, schliesslich und endlich zum Krieg fuehrte, im Kabinett besprochen oder eroertert.

Ich weiss, wie sehr der Fuehrer Wert darauf legte, dass bei all diesen Dingen nur die Minister etwas ganz kurzfristig erfahren sollten, die unbedingt arbeitsmaessig einzuschalten waren. Ich kann daher auchhier unter meinem Eid bestaetigen, dass eine Reihe von Ministern den Ausbruch des Krieges oder den Einmarsch in die Tschechoslowakei oder Sudetenland oder Oesterreich, genau so, wie jeder andere deutsche Staatsbuerger, erst am naechsten Morgen durch Radio oder die Presse erfahren haben.

H0301 - 0040

F.: Welchen Anteil hatten Sie an dem Zustandekommen des Muenchener-Abkommens in September 1938 ?

A.: Der Anschluss der Sudetendeutschen, oder besser gesagt, die Loesung der sudetendeutschen Frage, war meinerseits stets und immer als notwendig betont worden. Ich habe auch dem Fuehrer gegenueber, nach dem Anschluss Oesterreichs gesagt, ich bedauere es, falls seine Auslassungen falsch verstanden wuerden, in der Richtung, als ob mit dem Anschluss Oesterreichs diese Frage abgeschlossen sei. Ich habe Lord Halifax im November 1937 erklaert, der Anschluss Oesterreichs, die Loesung der sudetendeutschen Frage im Sinne der Rueckkehr der Sudetendeutschen, die Loesung der Danziger Frage und seines Korridors, seien integrierende Bestandteile der deutschen Politik, ob diese nun heute von Hitler, morgen von mir, oder von irgend einem anderen gefuehrt werde; sie blieben immer politische Ziele, die unter allen Umstaenden einmal erreicht werden muessen. Allerdings waren wir uns beide einig, dass alle diese Versuche gemacht werden sollten, ohne den Krieg zu erreichen.

Ich habe weiter in meinen Besprechungen mit Herrn Boeret genau diesen gleichen Standpunkt immer eingenommen. Ich habe auch jedem anderen, oeffentlich und persoenlich, immer erklaert, dass diese 3 Punkte erledigt werden muessten, dass nicht durch Erledigung des einen, die anderen damit hinfaellig wuerden.

Ich moechte weiter unterstreichen, dass, wenn in dieser Richtung und auch in manch anderer, uns in der Anklage Vorwuerfe gemacht wurden, wir haetten dieses und jenes, was Deutschland seiner-zeit versprochen haette, auch dass Deutschland vor unserer Machtergreifung, nicht nachher gehalten, so moechte ich darauf hinweisen auf viele Reden, die sowohl der Fuehrer - an die erinnere ich mich nicht mehr so genau,-meine, weiss ich genau, wo ich gesagt habe, ich warne, oder wir warnen das Ausland auf die Zusicherung der heutigen Regierung irgendwelche fuer die Zukunft basierenden Grundlagen aufzubauen, wir werden sie nicht anerkennen, wenn wir an die Macht kommen. So war auch hier eine vollkommene Klarheit.

Als nun die Sudetenfrage in die Krise kam und die Loesung vom Fuehrer beabsichtigt war, habe ich als Soldat, als Oberbefehlshaber der Luftwaffe, pflichtgemaess die befohlenen Vorbereitungen fuer jeden Eventualfall getroffen. Als Politiker begruesste ich ausserordentlich die Versuche, die unternommen wurden, eine friedliche Loesung herbeizufuehren. Ich erkenne durchaus an, dass ich damals sehr gluecklich war, als ich sah, dass der brtitische Premier hier

H0301 - 0041

hier alle Anstrengungen unternahm. Trotzdem war die Situation an jenem Tage vor dem Muenchener Abkommen doch wieder recht kritisch geworden.

Es war ½7 Uhr morgens, oder 7 Uhr morgens, da rief mich der italienische Botschafter Atolico an, er muesse mich im Auftrage Mussolini's sofort sprechen, es handle sich um die Loesung der Sudetenfrage. Ich sagte, er solle zum Aussenminister gehen; er sagte, er habe speziellen Auftrag von Mussolini, zuerst mit mir allein zu sprechen. Ich traf ihn, soviel ich weiss, 9 Uhr vormittags, und da schlug er vor, dass Mussolini bereit sei zu vermitteln, dass moeglichst rasch eine Zusammenkunft zwischen Deutschland - Adolf Hitler-, England -Premierminister, Chamberlain-, Frankreich - Ministerpraesident Daladier und Italien - Mussolini- stattfinden moege, um die Frage friedlich zu loesen. Er sache darin eine Moeglichkeit und wuerde sofort alles unternehmen, er bate mich persoenlich - er, Mussolini- meinen ganzen Einfluss in dieser Richtung geltend zu machen. Ich nahm dann den Botschafter sofort mit in die Reichskanzlei und auch Herrn von Neurath, obwohl damals nicht Aussenminister, - trug dem Fuehrer dieses vor, sprach auf ihn ein, legte ihm die Vorteile klar, die sich daraus ergeben wuerden, und dass dieses ueberhaupt die Grundlage zu einer allgemeinen Entspannung sein koennte. Ob die anderen, laufenden, politischen und diplomatischen Bestrebungen zum Ziele fuehrten, koennte man nicht ohne weiteres uebersehen, dass, wenn aber sich 4 fuehrende Maenner der 4 europaeischen Grossmaechte des Westens in der Mitte sich treffen wuerden, so sei doch schon sehr viel gewonnen. Herr von Neurath unterstuetzte, meine These und der Fuehrer trat mir bei und sagte, man moege dem Duce telefonieren; draussen wartete Atilico, der dies sofort tat, worauf dann Mussolini offiziell beim Fuehrer anrief und nun die Zusage und die Abmachung des Ort Muenchen getroffen wurde. Gegen Spaet-Nachmittag erfuhr ich dann von der italienischen Botschaft, dass sowohl der englische Premierminister, der franzoesische Ministerpraesident fuer den naechsten Tag Muenchen zugesagt haben. Ich habe darauf den Fuehrer gefragt, oder besser gesagt, ihm gesagt, ich wuerde unter allen Umstaenden mitfahren, er war einverstanden, und ich wuerde vorschlagen, dass ich in meinem Zuge auch Herrn von Neurath mitnehmen wuerde. Er war auch damit einverstanden. Ich habe dann zeitweise an den Besprechungen teilgenommen und habe, wenn notwendig, zum Ausgleich manc

H0301 – 0042

Debatten beigetragen und vor allem ich bemueht, auf allen Seiten eine freundschaftliche Atmosphaere zu schaffen. Ich hatte persoenliche Unterredungen mit Herrn Daladier und Herrn Chamberlain und ich freute mich nachher aufrichtig, wie die Sache gut gegangen war.

Dr. Stahmer: Zeitlich voran ging ja der Anschluss Oesterreichs an das Reich. Welche Gründe veranlassten Hitler zu diesem Entschluss, und inwiefern waren Sie an diesen Massnahmen beteiligt ?

HermannGoering: Ich habe gestern bei den Stichworten zu meinem Lebenslauf dem Gericht bereits vorgetragen, dass ich persoenlich mit Oesterreich mich aufs engste verbunden fuehlte, dass ich dort die Hauptzeit meiner Jugend auf einem oesterreichischen Schloss verlebt habe, dass mein Vater schon zur Zeit des alten Kaiserreiches fuer eine enge Verknuepfung der Zukunft der deutschen Stammlande Oesterreichs mit dem Reich schon immer darueber sprach, da er der Ueberzeugung war, dass dieses Reich nicht mehr lange zusammenhalten wuerde. 1918 erlebte ich, waehrend ich zwei Tage mit dem Flugzeug in Oesterreich war, die dortige Revolution und den Zusammenbruch des Habsburger Reiches. Die deutschen Erblande einschliesslich Sudeten-Deutschland traten damals in Wien im Parlament zusammen, erklaerten sich ebenfalls als frei von dem aufgeloesten Habsburger Staat und erklaerten, einschliesslich der Abgeordneten des sudetendeutschen Teils Oesterreich als einen Bestandteil des Deutschen Reiches, und zwar unter, so viel ich weiss, dem damaligen spezialdemokratischen Bundeskanzler Renner. Diese Erklaerung der Vertreter des oetserreichischen deutschen Volkes, ein Bestandteil Deutschlands in Zukunft zu sein, wurde im Friedensvertrag von St.Germain abgeaendert und auf Diktat der Siegerstaaten verboten. Dies war weder fuer mich noch fuer einen anderen Deutschen irgendwie von Bedeutung.

Es war selbstverstaendlich, dass der Augenblick geschaffen werden musste und die Voraussetzung, dass die Vereinigung der beiden Brudervoelker rein deutschen Herkommens und Blutes stattfinden konnte. Als wir zur Macht kamen, war selbstverstaendlich dies, wie ich vorhin ausfuehrte, ein integrierender Bestandteil der deutschen Politik.

H0301-0043

Die Versicherungen, die Hitler damals abgab bezueglich der Souveraenitaet, waren keine Taeuschung, sondern ernst gemeint. Er sah wahrscheinlich zunaechst keine Moeglichkeit. Ich selbst war in dieser Richtung erheblich radikaler und bat ihn wiederholt, sich keinesfalls in der oesterreichischen Frage festzulegen. Er glaubte aber, eine weitgehende Ruecksicht hinsichtlich Italiens zunaechst nehmen zu sollen.

Es war klar, dass, besonders nachdem die Nationalsozialistische Partei in Deutschland zur Macht kam, auch die Nationalsozialistische Partei Oesterreichs mehr und mehr zu wachsen begann. Sie war aber schon vorher, vor der Machtergreifung, auch schon in Oesterreich vorhanden, wie ueberhaupt der Ursprung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf das Sudeten-Deutschland zurueckgeht. Die Partei Oesterreichs war somit keineswegs eine Fuenfte Kolonne fuer den Anschluss; denn den Anschluss wollte ja urspruenglich, und immer, das oesterreichische Volk selbst.

Wenn nun der Anschlussgedanke bei der damaligen oesterreichischen Regierung nicht mehr in der Klarheit und Staerke vorhanden war, so nicht deshalb, weil sie nicht sich mit Deutschland zusammenschliesse wollte, sondern weil die Regierungsform des Nationalsozialismus mit der Regierungsform der damaligen oesterreichischen Regierung nicht konform, in keiner Weise konform ging.

Daraus ergaben sich nun die Spannungen, in erster Linie in Oesterreich selbst, die von der Anklagebehoerde hier wiederholt und mehrfach zum Vortrag, zum belastenden Vortrag gemacht wurden. Sie musste sich ergeben, diese Spannung, zwangslaeufig, denn die einen nahmen den Anschlussgedanken an Deutschland als Nationalsozialisten ernster auf, wie die Regierung. So entstand der gegenseitige politische Kamp Dass wir mit unseren Sympathien auf Seiten der Nationalsozialisten standen, ist selbstverstaendlich, zumal die Partei in Oesterreich ausserordentlich schwer verfolgt wurde. Sie wurden auch zahlreich in Lager gesperrt, die genau dasselbe wie die Konzentrationslager waren sie hiessen nur anders.

H0301 - 0044

Der Leiter, Landesleiter in der oesterreichischen Partei, war zu einem gewissen Zeitpunkt ein Mann namens Habicht aus Wiesbaden. Ich kannte ihn vorher nicht, habe ihn da nur einmal gesehen. Dieser taeuschte beim Fuehrer den sogenannten Dollfuss-Fall vor, dass die oesterreichische Wehrmacht entschlossen sei, von sich aus etwas zu unternehmen, um die Regierung zum Anschluss zu bewegen oder zu stuerzen. Wann dies der Fall sei, ob sich die Partei in Oesterreich dem anschliessen sollte, wenn die Wehrmacht so etwas unternahm, so war die Auffassung des Fuehrers, sollte sie in diesem Punkt politisch selbstverstaendlich von der Partei gestuetzt werden. Tatsaechlich war das ganze aber eine Irrefuehrung insofern, als nicht die oesterreichische Wehrmacht gegen die oesterreichische Regierung vorzugehen beabsichtigte, sondern eine sogenannte Wehrmacht-Standarte, die aus ehemaligen Mitgliedern und ausgeschiedenen oder entlassenen Mitgliedern der oesterreichischen Wehrmacht bestand, und zur Partei ueber- oder bei der Partei eingetreten war.

Mit diesem Taeuschungsversuch machte dann Habicht dieses Unternehmen in Wien. Ich war damals mit dem Fuehrer in Bayreuth. Er wurde sofort gerufen und der Fuehrer machte ihm die allerschwersten Vorwuerfe und sagte, dass er ihn falsch unterrichtet, hintergangen und betrogen hat.

Den Tod Dollfuss' bedauerte er sehr, weil das politisch fuer die Nationalsozialisten eine sehr schwer tragbare Angelegenheit war, besonders auch im Hinblick auf Italien. Italien liess damals fuenf Divisionen mobilisieren und an die Brennergrenze ruecken. Der Fuehrer wuenschte eine rasche und moeglichst durchgreifende Beruhigung. Das war der Grund, weshalb er Herrn von Papen gebeten hat, als ausserordentlicher Botschafter nach Wien zu gehen und fuer eine moeglichst rasche Beruhigung der Atmosphaere zu wirken.

Man darf nicht vergessen, dass folgende etwas absurde Lage sich schon im Laufe der Jahre ergeben hatte, naemlich dass ein rein deutsc Land wie Oesterreich nicht etwa von der Seite des Deutschen Reiches a staerksten regierungsmaessig beeinflusst wurde, sondern von der ita-

H0301 - 0045

lienischen Regierung aus. Ich erinnere nur an den Ausspruch Mr.Churchills, dass Oesterreich praktisch eine Filiale Italiens waere. Nach dem Dollfuss-Unternehmen stand Italien in sehr starker und ablehnende Haltung gegenueber Deutschland und liess durchblicken, dass gerade Italien das Land sein wuerde, das alles gegen diesen Anschluss tun wuerde. Der Fuehrer hat deshalb neben der internen Bereinigung des Verhaeltnisses Deutschlands zu Oesterreich durch Herrn von Papen seinerseits versucht, in der Einstellung Mussolinis zu dieser Frage eine Aenderung herbeizufuehren. Er ging aus diesem Grunde damals kurz darauf nach Venedig, kann auch sein, dass es vorher war; jedenfalls war er bemueht, hier eine andere Auffassung zu erreichen.

Ich hingegen stand auf dem Standpunkt, dass bei allem sonstigen Uebereinstimmen auf, sagen wir mal philosophischer Grundlage, Faschismus, Nationalsozialismus, mir der Anschluss meines Brudervolkes erheblich wichtiger sei wie diese Uebereinstimmung. Und wenn sie nicht mit Mussolini ging, musste es gegen Mussolini gehen.

Es kam der italienisch-abessinische Krieg. Die Sanktionen gegen Italien hierbei wurden auch unter der Hand so, nicht gerade greifbar, aber doch sichtbar, Deutschland in Aussicht gestellt, bei einer Beteiligung an den Sanktionen in der oesterreichischen Frage gemeiniglich entgegenzukommen. Es war dies fuer den Fuehrer ein sehr schwerer Entschluss, sich endgueltig contra Italien zu stellen und so den Anschluss zu erreichen oder sich Italien durch seine Haltung pro-italienische Haltung oder korrekte Haltung, zu verpflichten, und damit Italien als Anschlussgegner auszuschalten.

Ich schlug ihm damals vor, bei der etwas vagen Anerbietung bezueglich Oesterreichs von englisch-franzoesischer Seite erstmals festzustellen, wer hinter dem Angebot steht und ob wirklich beide Regierungen in diesem Punkt dann mit sich reden lassen und klare Zusicherungen geben, und zwar Zusicherungen in der Richtung, dass dies eine interne deutsche Angelegenheit sei und nicht vage Zusicherungen von allgemeinen Zusammengehen usw.

Es bestaetigte sich mein Verdacht, dass wir keine ganz klippe und

H0301 - 0046

klare Zusicherung bekamen, und unter diesen Umstaenden war es zweckmaessiger, Italien als Hauptanschlussgegner klar und eindeutig dadurch auszuschalten, dass man sich nicht zu Massnahmen gegen das faschistische Italien verleiten liess, Sanktions-Massnahmen, Lieferung Massnahmen usw. Ich stand nun weiter auf dem Standpunkt, dass das grosse nationale Interesse an der Vereinigung dieser Deutschen ueber alle Bedenken der Differenzierung der beiden derzeitigen Regierungen hinweggehen muesste.

Nun konnte das nicht dadurch geschehen, dass die Regierung des grossen deutschen Reiches zurueecktrat und vielleicht Deutschland an Oesterreich anschloss, sondern der Anschluss musste frueher oder spaeter durchgefuehrt werden.

Es kam dann das Berchtesgadener Abkommen. Hier war ich nicht dabei; ich war auch nicht mit diesem Abkommen einverstanden, weil ich jede Festlegung, die wieder diesen Schwebezustand weiter hinausschiebt, gegen jede derartige Festlegung bin ich gewesen; denn fuer mich war ja nur die volle und normale Vereinigung aller Deutschen die einzige denkbare Loesung.

Kurz nach Berchtesgaden kam dann die Volksabstimmung, die der damalige Bundeskanzler Schuschnigg ausschrieb. Diese Abstimmung war an sich eine Unmoeglichkeit, ein Bruch des Berchtesgadener Abkommens. Darueber will ich hinwegsehen; aber wie diese Abstimmung gemacht werden sollte, das war einmalig in der Geschichte. Es konnte nur mit Ja gestimmt werden, jeder einzelne konnte stimmen, so oft er wollte, fuenfmal, sechsmal, siebenmal. Zerriss er den Zettel, so galt der Zettel als Ja-Stimme, usw.; nicht weiter interessant. Auf diese Weise stand von vorneherein fest, dass selbst wenn nur wenige Anhaenger des Systems Schuschnigg genuegend diese Moeglichkeiten ausnutzten, es nur eine positive Mehrheit fuer Herrn Schuschnigg geben konnte. Es war eine Farce, das Ganze.

Dem wurde widersprochen, und zwar dadurch, dass ein Mitglied der oesterreichischen Regierung, das in diesem Augenblick sich in Deutschland befand, der General von Glaise-Horstenau, nach Wien geflogen

H0301 - 0047

wurde, um sofort Schuschnigg bezw. Seyss-Inquart, der seit Berchtesgaden ja im Kabinett Schuschnigg war, klarzumachen, dass Deutschland diese Provokation nicht hinnehmen wuerde. Gleichzeitig wurden die in der Naehe der oesterreichischen Grenze liegenden Truppen in Bereitschaft, Abtransportbereitschaft gehalten. Das war am Freitag, glaube ich, den 11. Ich war an diesem Tage in der Reichskanzlei mit dem Fuehrer zusammen. Ich hoerte telefonisch dann die Mitteilung, dass Glaise-Horstenau angekommen und diese Aufforderung klar und unmissverstaendlich uebergeben haette, und dass die Dinge nun beraten wuerden. Es kam dann, so viel ich mich erinnere, die Antwort, dass die Wahl abgesagt wuerde, dass Schuschnigg dem zustimmte.

In diesem Augenblick hatte ich ein intuitives Gefuehl, dass jetzt die Situation ins Rutschen kam und nunmehr endlich die lang und heiss ersehnte Moeglichkeit bestand, die ganze, totale Loesung durchzufuehre Und von diesem Augenblick ab muss ich die Verantwortung fuer das weitere, was geschah, hundertprozentig auf mich nehmen, denn es war wenig der Fuehrer, als ich selbst, der hier das Tempo angegeben hat und sogar ueber Bedenken des Fuehrers hinwegschreitend, die Dinge zu dieser Entwicklung gebracht hat. Meine Telefongespraeche sind ja hier verlesen worden.

Ich verlangte, ohne mich mit dem Fuehrer eigentlich noch darueber auszusprechen, spontan, den sofortigen Ruecktritt des Kanzlers Schuschnigg. Als auch dieser zugebilligt wurde, stellte ich die naechste Forderung, dass nunmehr die ganze Angelegenheit zum Anschluss reif war, und wie bekannt sich abspielte.

Das einzige, - ich sage es nicht, weil es irgend eine Rolle fuer mich in der Verantwortung spielt - was ich nicht persoenlich veranlasst habe, und zwar deshalb, weil ich die Persoenlichkeiten gar nicht kannte, aber es hat in den letzten Tagen seitens der Anklage eine Roll gespielt, war folgendes:

Ich habe eine Ministerliste durchgegeben, das heisst besser gesagt die Mitglieder benannt, die zunaechst in eine oesterreichische Regieru als erwuenscht von unserer Seite eintreten sollten. Ich kannte Seyss-

H0301 - 0048

Inquart. Es war klar von vorneherein, er sollte die Bundeskanzlerschaft uebernehmen. Ich habe dann Kaltenbrunner genannt fuer die Sicherheit. Ich kannte Kaltenbrunner nicht. Das ist das einzige oder eins von zwei Sachen, wo der Fuehrer eingegriffen hatte, indem er mir einige Namen gab. Auch Fischboeck, nebensaechlich, Wirtschaftsministerium, gab ich durch, ohne ihn zu kennen. Den einzigen, den ich persoenlich in dieses Kabinett hineinbrachte, war mein Schwager Dr. Hueber als Justizminister, aber nicht weil er mein Schwager war, denn er war bereits oesterreichischer Justizminister in dem Kabinett des Praelaten Seipel, gehoerte nicht der Partei an damals, sondern kam von Seiten der Heimwehr, und ich wollte auch von diesem Teil, mit dem wir anfangs zusammen, dann wieder gegeneinander gestanden hatten, jemand im Kabinett haben und wollte auch meinen Einfluss ueber diese Person gesichert haben, dass die Dinge nun tatsaechlich sich weiter im Sinne des totalen Anschlusses entwickeln wuerden.

Es tauchten naemlich schon wieder Plaene auf, dass der Fuehrer nur als deutsches Staatsoberhaupt gleichzeitig Staatsoberhaupt Deutsch-Oesterreichs werden sollte, sonst aber eine Trennung blieb. Das sah ich alles als untragbar an. Die Stunde war gekommen. Sie musste ausgenutzt werden.

In dem Gespraech, das ich mit dem Reichsaussenminister von Ribbentrop gehabt habe, der damals in London war, betonte ich, dass das Ultimatum nicht von uns gestellt ist, sondern von Seyss-Inquart. Das war auch absolut richtig, de jure; de facto war es natuerlich von mir gewollt. Aber dieses Telefongespraech wurde ja abgehoert auf englischer Seite und ich hatte ja ein diplomatisches Gespraech zu fuehren, und ich habe noch nie erlebt, dass die Diplomaten in solchen Faellen dann sagen, wie es de facto war, sondern sie sagen immer, wie es de jure ist. Und

H0301 - 0049

warum sollte ich hier eine moegliche Ausnahme machen. Ich forderte in diesem Telefongespraech Herrn von Ribbentrop auf, die englische Regierung zu bitten, sie moechte Persoenlichkeiten benennen, zu denen sie vollstes Vertrauen haette, englische. Wir wuerden alles zur Verfuegung stellen, dass diese Personen frei und an allen Stellen in Oesterreich herumfahren koennten, um sich davon zu ueberzeugen, dass das oesterreichische Volk in seiner gewaltigen Mehrheit diesen Anschluss wuenschte und begeistert aufnehme. Es ist hier waehrend der Behandlung der oesterreichischen Frage niemals davon gesprochen worden, dass ja bereits, diese Ereignisse warem am Freitag, am Sonntag vorher, in der Steiermark, einem Hauptteile der Erblande, praktisch schon ein interner Teilanschluss erfolgt war, dass dort bereits die Bevoelkerung sich fuer den Anschluss erklaert und mehr oder weniger der Wiener Regierung die Gefolgschaft aufgesagt hatte.

FRAGE: Ich habe Ihnen da ein Protokoll ueber dieses Gespraech vorlegen lassen. Moechten Sie es bitte einsehen?

ANTWORT: Ja; ich lege nur Wert darauf, dass in diesen Dokumenten nur die Stellen verlesen werden, wo ich darauf hinweise, dass ich groessten Wert darauf lege, dass die englische Regierung Persoenlichkeiten ihres Vertrauens moeglichst rasch zur Feststellung des tatsaechlichen Sachverhalts nach Oesterreich schickt; zum zweiten, dass wir eine Abstimmung machen werden nach dem Statut der Saar-Abstimmung und dass wir absolut, wie sie auch ausfallen wuerde, diese anerkennen. Ich konnte da ja umsobesser zusagen, als mir persoenlich bekannt und klar war, dass eine ueberwaeltigende Mehrheit fuer den Anschluss stimmen wuerde.

Ich komme nun zum entscheidenden Teil des Einmarsches der Truppen. Das war der 2. Punkt, wo der Fuehrer eingriff und wir nicht einer Meinung waren.

Der Fuehrer wollte denEinmarsch von Oesterreich auf rund eines Wunsches, genauer gesprochen, von uns gewuenschter Regierung Seyss-Inquart, dass sie die Truppen fuer innere Beruhigung anfordern sollten. Ich war dagegen; wohlverstanden nicht gegen den Einmarsch; fuer den Einmarsch war ich unter allen Umstaenden. Nur die Begruendung, hier waren die Differenzen. Gewiss, es konnte an einem Punkt, naemlich Wien und Wiener-Neustadt, evtl. zu Unruhen kommen, da ein Teil der Austro-Marxisten, die schon einmal einen bewaffneten Aufstand gemacht hatten, tatsaechlich bewaffnet waren. Dieses aber war nicht von so entscheidender Bedeutung. Hingegen

H0301 - 0050

war von ausschlaggebender Bedeutung, dass sofort und in ausreichendem Masse Truppen, deutsche Truppen nach Oesterreich marschieren mussten, um jedem Geluest eines Nachbarn, bei dieser Gelegenheit auch nur ein einziges oesterreichisches Dorf zu erben, einen Riegel vorzuschieben.

Ich gebe zu bedenken, zu dem Zeitpunkt, war die Stellungnahme Mussolinis noch nicht endgueltig zur oesterreichischen Frage gegeben, obgleich ich ihn im Jahr vor in dieser Richtung stark bearbeitet habe. Die Italiener aeugten immer noch etwas n Ost-Tirol. Die 5 Divisionen am Brenner damals hatte ich ihnen noch nicht vergessen. Die Ungarn sprachen mir zuviel vom Burgenland. Die Jugoslaven haben einmal etwas von Kaernten erwaehnt, aber ich glaube, dass ich ihnen damals klargemacht habe, das das irrsinnig waere.

Also um all diesen Hoffnungen ein fuer alle mal vorzubeugen, die sich bei solchen Dingen leicht ergeben, wuenschte ich ganz klar den Einmarsch der deutschen Truppen unter der Parole: Der Anschluss ist vollzogen, Oesterreich ein Teil Deutschlands und damit in seinem ganzen Umfang automatisch und vollkommen unter dem Schutz des deutschen Reiches und seiner Wehrmacht gestellt.

Der Fuehrer wollte diese aussenpolitische Demonstration so stark nicht betont und veranlasste mich schliesslich, doch Seyss-Inquart zu veranlassen, ein solches Telegramm zu schicken. Da in dem entscheidenden Punkt "Einmarsch" Einigkeit bestand, erklaert sich dieses Telefongespraech, wo ich Seyss-Inquart sagen liess, er brauche es gar nicht abzuschicken, er solle es nur telefonisch durchgeben, dann waere das fuer mich genuegend. Das war der Grund. Die Zustimmung Mussolinis traf erst um halb zwoelf Uhr nachts ein. Die Zustimmung ist ja bekannt, die Erleichterung fuer den Fuehrer brachte. Am Abend desselben Tages, nachdem alles klar war, und der Ablauf vorauszusehen war, begab ich mich in den Flieger-Club, wo ich lange Wochen vorher schon zu einem Ball eingeladen war. Ich erwaehne das, weil auch ja dieses als eine Art Taeuschungsmanoever damals bezeichnet wurde. Die Einladungen hierzu waren herausgegangen zu einem Zeitpunkt, als noch nicht einmal - glaube ich - Berchtesgaden stattgefunden hatte. Dort traf ich fast alle Diplomaten. Ich zog mich sofort mit dem englischen Botschafter, Sir Henderson, zurueck. Ich sprach 2 Stunden mit ihm und setzte ihm alle Gruende noch einmal auseinander, und legte alles klar, und sagte ihm auch, er moege mir sagen, welcher Staat, was ich nachher auch Ribbentrop sagte,

H0301 - 0051

in der ganzen Welt durch unsere Vereinigung geschaedigt wird: Wem wir etwas wegnahmen und wem wir etwas damit zu leide tun. Es sei dies eine absolute Wiedergutmachung, denn beide Teile haben durch Jahrhunderte im Deutschen Reich zusammengehoert und nur durch die politischen Konstruktionen, die spaetere Monarchie und Ausscheiden Oesterreichs seien sie getrennt worden.

Als der Fuehrer am naechsten Morgen nach Oesterreich abflog, uebernahm ich, wie bekannt, die Geschaeftsfuehrung des Reiches waehrend der Abwesenheit. Ich habe hierbei auch verboten, dass die sogenannte Oesterreich-Legion - es handelte sich um die waehrend der Vorzeit der Kampfperiode aus Oesterreich Ausgeschiedenen, weil sie belastet waren, - dass sie zunaechst zurueckkehrten, weil ich keinerlei Unruhe haben wollte.

Zum zweiten aber habe ich auch veranlasst, dass noerdlich der Donau, also zwischen der tschechoslovakischen Grenze und der Donau nur ein Bataillon durch die Ortschaften marschiert, sodass die Tschechoslovakei daraus klar erkennen konnte, dass es sich hier ausschliesslich um eine Oesterreich-Deutsch, oder Deutsch-Oesterreichische Angelegenheit handelte. Dieses Bataillon musste dort marschieren, damit auch die Staedte noerdlich der Donau am Jubel teilnehmen konnten.

In diesem Zusammenhang abschliessend moechte ich 2 Dinge noch betonen: Wenn Herr Messersmith in seinem langen Affidavit zum Ausdruck bringt, ich haette vor diesem Anschluss mehrere Besuche in Jugoslavien und Ungarn unternommen, um beide Staaten fuer den Anschluss zu gewinnen, und ich haette Jugoslavien einen Teil von Kaernten zugesagt, so habe ich diesen Aussagen gegenueber, oder besser gesagt, so fehlt mir diesen Aussagen gegenueber jedes Verstaendnis. Meine Besuche in Jugoslavien und in den uebrigen Balkanlaendern galten den weiteren Verbesserungen der Beziehungen, besonders der Handels-Beziehungen, an denen mir fuer den Vierjahresplan sehr lag, und wenn jemals Jugoslavien auch nur ein einziges Kaerntner Dorf gefordert haette, so wuerde ich gesagt haben, dass ich da ueberhaupt nicht einmal antwortenkann, denn wenn ueberhaupt ein Land kerndeutsch ist, war und ist, so ist dies Kaernten.

Zum zweiten: Es ist hier in der Anklage von einem Angriffskrieg gegen Oesterreich gesprochen. Einen Angriffskrieg fuehrt man, wenn man schiesst, Bomben wirft usw. Hier wurde aber nur eins geworfen, und das waren Blumen. Aber vielleicht mein

H0301 - 0052

die Anklage das anders, und da koennte ich ihr zustimmen. Ich persoenlich habe immer erklaert, dass ich alles tun w rde, dass der Anschluss zu keiner Erschuetter ung des Friedens fuehrte, dass aber auf die Dauer gesehen, wenn und dieser fuer immer verweigert werden sollte, ich persoenlich um dieses Ziel, dass hier diese Deutschen in ihr Vaterland zurueckkommen, auch unter Umstaenden um Oesterreich, nicht gegen Oesterreich, einen Krieg fuehren koennte. Somit glaube ich, in Kuerze eine Darstellung ueber die oesterreichischen Ereignisse gegeben zu haben, und ich schliesse sie mit der Betonung, dass hier nicht so sehr der Fuehrer, wie ich per - soenlich, die volle und ganze Verantwortung fuer das, was darauf geschehen ist, trage.

FRAGE: An dem Abend vor dem Einmarsch der Truppen in Oesterreich haben Sie auch ei Gespraech mit dem Dr. Massny, mit dem Gesandten der Tschechoslovakei gehabt. Sie sollen bei dieser Gelegenheit eine Erklaerung abgegeben haben mit ihrem Ehrenwort. Wie verhaelt es sich mit diesem Gespraech?

ANTWORT: Ich bin besonders dankbar, dass ich nun endlich zu diesem Ehrenwort, das waehrend der vergangenen Monate so oft vorgebracht wurde, das mich sehr belastet hat, eine klare Darstellung geben kann.

Ich erwaehnte, dass an diesem Abend fast alle Diplomaten auf diesem Fest waren. Nachdem ich mit Sir Neville Henderson gesprochen hatte, und wieder in den Saal zurueecktrat, kam der tschechoslovakische Gesandte, Dr. Massny, ausserordentlich aufgeregt auf mich zu, zitterte und fragte, was in dieser Nacht geschehe, und ob wir auch in die Tschechoslovakei einmarschieren wollten. Ich gab ihm eine kurze Darstellung und sagte: "Nein, es handelt sich ausschliesslich um den Anschluss Oesterreichs, hat mit Ihrem Land gar nichts zu tun, besonders dann nicht, wenn Sie sich voellig aus den Dingen draussen halten." Er dankte mir und ging scheinbar zum Telefon.

Aber schon nach kurzem kam er noch aufgeregter zurueck, ich hatte das Gefuehl, dass er mich in seiner Aufregung kaum mehr richtig verstand. Ich habe ihm daraufhin in Gegenwart anderer gesagt: "Excellenz, hoeren Sie jetzt gut zu. Ich gebe Ihr mein persoenliches Ehrenwort, dass es sich hier ausschliesslich um den Anschluss Oesterreichs handelt, und dass kein deutscher Soldat sich Ihrer, der tschechoslovakischen Grenze nachern wird. Sorgen Sie dafuer, dass auch seitens der Tschechosl

H0301 - 0053

vakei keine Mobilmachung, und dadurch Erschwerung vielleicht in diesem Augenblick entsteht." Da sagte er zu.

Ich habe ihm zu keinem Augenblick gesagt "ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, dass fuer Zeit und Ewigkeit niemals mit der Tschechoslovakei etwas zu tun haben wollen sondern er verlangte nur eine Aufklaerung fuer dieses Ereignis, fuer diesen Zeitpunkt, und ich habe sie ihm fuer diesen Zeitpunkt gegeben, denn ich hatte ja vorhe schon klar zum Ausdruck gebracht, dass ich die Loesung der sudetendeutschen Frage fuer irgendwie und irgendwann notwendig hielt. Eine ehrenwortliche Erklaerung fue eine endgueltige Bindung haette ich ihm nicht gegeben, und war fuer mich auch nich moeglich gewesen, denn ich hatte ja schon vorher eine Erklaerung in anderer Richtung abgegeben. Sie war verlangt fuer den Augenblick, sie war verlangt im Zusammenhang mit den oesterreichischen Ereignissen; dass bei dieserGelegenheit die Tschechoslovakei nicht flankiert wuerde, das konnte ich mit gutem Gewissen ehrenwoertlich versichern, da in diesem Augenblick weder bezueglich der Tschechoslovakei, no bezueglich der Loesung der Sudetenfrage, irgend ein Beschluss bei uns zeitlich gefasst war.

FRAGE: Am 15. Maerz1939 hat eine Unterredung zwischen Hitler und dem Praesidenten Hacha stattgehabt. Sind Sie bei dieser Besprechung zugegen gewesen und in welcher Form haben Sie hier mitgewirkt?

H0301 - 0054

A.Es handelt sich hierbei um den Beginn der Errichtung des Protektorats in der Tschechoslowakei. Nach Muenchen, nach dem Muenchener Abkommen und der Loesung der sudetendeutschen Frage war lediglich zwischen dem Fuehrer und einigen seiner Mitarbeiter eine Festlegung militaerisch dahin geschehen, dass, wenn nach dem Muenchner Abkommen sich neue Schwierigkeiten, oder aus der Besetzung der Zonen ergeben wuerden, gewisse Vorsichtsmassnahmen jederzeit von militaerischer Seite durchfuehrbar sein muessten, denn nach Besetzung der Zonen waren die Truppen, die fuer den "Fall Gruen", Anlage "grosser Schmundt", bereitgestellt worden waren, demobil gemacht. Es konnte aber eine Entwicklung eintreten, die jeden Augenblick von aeusserster Gefahr fuer Deutschland werden konnte, denn man braucht sich nur erinnern, welche Auslegung und in welcher Form damals zum Beispiel die russische Presse, der russische Rundfunk, zum Muenchner Abkommen und zur Besetzung des Sudetenlandes Stellung genommen hat. Schaerfer konnte man kaum noch sprechen. Eine Verbindung zwischen Prag und Moskau bestand schon vor laengerer Zeit. Prag, enttaeuscht durch das Muenchener Abkommen, konnte nun verstaerkten Anschluss nach Moskau nehmen. Solche Anzeichen sah man besonders im tschechischen Offiziers-Korps und wurden gemeldet. Fuer diesen Fall, dass sich hieraus fuer Deutschland Gefahrenmomente ergeben sollten, war eine Anweisung an die militaerischen Dienststellen gegangen, Vorkehrungen, wie das Pflicht gewesen ist, zu treffen. Doch hat dieser Befehl mit einer Absicht, nach kurzen die Rest-Tschechoslowakei zu besetzen nixhts zu tun.

Ich selbst fuhr Ende Januar nun zum ersten Mal auf einen laengeren Urlaub an die Riviera und waehrend dieser Zeit schied ich aus all meinen Geschaeften bewusst aus. Anfang Maerz kam ueberraschend ein Kurier des Fuehrers mit einem Brief an mich, in dem er mir mitteilte, dass die Entwicklung in der Tschechoslowakei eine derartige sei, dass es fuer ihn straeflich gehandelt waere, wuerde er dieser Entwicklung weiteren Lauf lassen. Sie wuerde zu einer drohen-

den Gefahr fuer Deutschland, und er sei deshalb entschlossen, die Frage nunmehr so zu loesen, dass er die Tschechoslowakei als weiteren Gefahrenherd inmitten Deutschlands ausschliesse, und dass er deshalb zunaechst an eine Besetzung denke. In dieser Zeit war ich in San Remo sehr viel mit Englaendern zusammen gewesen. Ich hatte erkannt, dass man dort nach Muenchen an sich, sich damit abgefunden hatte, und das auch befriedigend fand, aber ein weiteres Ruehren an der Tschechoslowakei sehr grosse Erregung hervorrufen wuerde. Ich gab dem Kurier einen Brief mit, - vielleicht befindet er sich unter den mehreren Hundert Tonnen Papier, das die Anklagebehoerde besitzt, ich wuerde auch verstehen, wenn sie ihn nicht vorlegt, es waere fuer mich ein entlastendes Dokument - . In diesen Brief teilte ich dem Fuehrer diesen Standpunkt mit, und schrieb ihm ungefaehr dem Sinne nach: Dass, wenn jetzt dieses geschehe, das eine sehr starke Desavuierung des englischen Premier-Ministers Chamberlain waere. Ich glaubte kaum, dass er das durchstehen konnte, und es wuerde dann vielleicht Mr. Churchill kommen, und seine Einstellung zu Deutschland kenne er ja. Zum zweiten wuerde man das nicht verstehen, weil man gerade erst die Angelegenheit zur allgemeinen Befriedigung geklaert habe. Drittens glaubte ich ihn beruhigen zu koennen in folgenden: Ich glaubte, dass das, was er jetzt durch Besetzung und Gefahrenmomente ausschalten wollte, auf etwas legalerem Weg gehen koennte, unter voller Schonung all der Elemente, die sowohl die Tschechoslowakei, als auch die Andpren in Erregung bringen koennte; naemlich ich war davon ueberzeugt, dass, nachdem das Sudetenland abgetrennt war, und Oesterreich auch ein Bestandteil Deutschlands war, eine wirtschaftliche Durchdringung der Tschechoslowakei nur ein Problem der Zeit sein wuerde, das heisst, meine Hoffnung ging dahin, durch staerkste Bindung der wirtschaftlichen Interessen schliesslich zu einer Verkehrs- Zoll- und Waehrungs- Union und zwar aus gegenseitigen gemeinsamen Interesse der Wirtschaft herauszugelangen. Sei dies aber der Fall, so sei auch politisch eine souveraene Tschechoslowakei so stark an Deutschland und mit Deutschland interessiert, dass ich glaubte, dass ein Gefahrenmoment dann nicht mehr auftreten koennte. Wenn

H0301 - 0055

H0301 - 0056

aber die Slowakei die Selbstaendigkeits-Bestrebungen in so starken Masse zum Ausdruck bringt, so braechten wir dem ja keineswegs entgegentreten, im Gegenteil, man koenne dies unterstuetzen; denn selbstverstaendlich sei dann eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft und damit Durchdringung noch sehr viel naeher herangeruckt, wie im umgekehrten Fall, weil, wenn die Slowakei sich trennte, dann beide Laender wirtschaftlich so stark auf Deutschland angewiesen waeren, dass man beide Laender wirtschaftlich aufs engste an Deutschland interessieren und fesseln koennte.

Mit diesem Brief, - ich habe ihn sinngemaess zusammengefasst, - ging der Kurier zurueck.
Ich hoerte dann einige Tage nichts.

VORSITZENDER: Wuerde das die guenstige Zeit sein, einen Augenblick zu unterbrechen?

(Die Sitzung wurde abgebrochen)

H0301-0057

Dr. STAHMER: Wollen Sie bitte fortsetzen?

ANGEKLAGTER HERMANN WILHELM GOERING.

Ich wurde dann kurzfristig nach Berlin zurueckgerufen. Ich traf am Morgen desselben Tages ein, als Praesident Hacha am Abend in Berlin eingetroffen ist. Ich trug dem Fuehrer noch einmal muendlich das gleiche vor, was ich vorhin betont habe, was ich ihm geschrieben hatte. Der Fuehrer wies mich auf Unterlagen hin, die er besass, dass doch die Situation in der Tschechoslowakei sich erster entwickelt habe. Einmal sei der Staat sowieso zerfallen durch die Losloesung der Slowakei. Das sei aber nicht das Entscheidende, sodann zeigte er mir Dokumente des Nachrichtendienstes, dass sich auf den Flugplaetzen oder einem Teil der Tschechoslowakei russische Fliegerkommissionen befaenden, dort Ausbildung trieben usw. was nicht in Uebereinstimmung mit dem Abkommen von Muenchen sei und er fuerchte, dass nach wie vor, die Tschechoslowakei, wenn die Slowakei weg sei besonders, als nunmehr russische Flugzeugbasis ausgenuetzt werde. Er sei fest entschlossen, diese Gefahr zu beseitigen. Der Praesident Hacha haette um eine Unterredung ersucht, so sagte er mir damals, und treffe am Abend ein und er wuenschte, dass ich ebenfalls in der Reichskanzlei waere.

Praesident Hacha kam an und sprach zuerst mit dem Reichsaussenminister. In der Nacht kam er zum Fuehrer; wir begruessten ihn kurz; er sprach zunaechst mit dem Fuehrer allein, dann wurden wir zugezogen. Dann sprach ich mit ihm in Gegenwart seines Gesandten und drang auf ihn, dass die Forderung des Fuehrers, die Truppen moegen sich beim Einmarsch der Deutschen zurueckhalten, damit kein Blutvergiessen kaeme, raschestens durchgefuehrt wuerde. Ich sagte ihm, dass das ja doch nichts nuetze, der Fuehrer sei entschlossen, hielte dies fuer notwendig und es koenne sich nur um unnuetzes Blut vergiessen handeln, denn Widerstand sei ja auf die Dauer in keiner Weise moeglich.

Ich habe dabei auch die Aeusserung getan, dass es mir leid taete, wenn ich das schoene Prag bombardieren muesste. Die Absicht, Prag zu bombardieren, bestand nicht, es war auch kein diesbezueglicher Befehl gegeben, denn selbst bei einem Widerstand waere das nicht notwendig gewesen, der Widerstand sei jederzeit leichter ohne dies Bombardement zu brechen. Aber ein solcher Hinweis, glaubte ich, dass als Argument mitwirken wuerde, die Sache zu beschleunigen. Es gelang mir dann, zwischen ihm und seiner Regierung in Prag die Telefonverbindung herzuschaffen und er gab den Befehl und es kam somit am naechsten Tag zur Besetzung und zum Einmarsch in Prag.

F. Sind Sie mit dem Fuehrer nach Prag gefahren ?

A. Nein, ich bin mit dem Fuehrer nicht nach Prag gefahren. Ich war etwas verstimmt. Ich habe die Tschechoslovakei oder Sudetendeutschland in der ganzen Zeit seit diesem Vorfall ueberhaupt nicht betreten, mit Ausnahme vom 21. April 1945, wo ich durch einen Teil der Tschechoslovakei kurz durchgefahren bin.

F. Weshalb waren Sie verstimmt ?

A. Weil die Sache alle etwas ueber meinen Kopf hinweg gemacht worden ist.

F. Haben sich andere Maechte an der Besetzung der Tschechoslowakei beteiligt ?

A. Ja, Polen hat das Olsza-Gebiet seinerzeit genommen.

F. Es ist von der Anklagebehoerde ein Dokument vorgelegt worden, aus dem gefolgert wird, dass die Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluss an eine deutschfeindliche Demonstration in Prag erfolgen sollte. Es ist dies so dargestellt worden, al ob die Ermordung des deutschen Gesandten

H0301 - 0058

H0301 - 0059

vorgenommen werden sollte, um auf diese Weise einen Anlass zu schaffen fuer die Annektion.

A. Dieser Fall liegt aber vor der Loesung der Sudetendeutschen Frage und ich habe diesen Punkt sehr aufmerksam zugehoert. Ich erinnere mich auch, wie die Zusammenhaenge tatsaechlich waren. Es wurde nicht in dem Sinne gesprochen und kann auch nicht in dem Sinne ausgelegt werden, als wollten wir unseren eigenen Gesandten ermorden, wir haetten dies in den Betracht der Moeglichkeiten gezogen, um einen Anlass zur Loesung der Frage zu haben, sondern die Moeglichkeiten, die zu einem solchen Zusammenstoss fuehren konnten. Unter diesen war bei den Spannungen die zwischen der Tschechoslovakei und Deutschland wegen Sudetendeutschland bestand, auch die Moeglichkeit in Betracht gezogen worden, dass c/ tatsaechlich der deutsche Gesandte in Prag ermordet werden konnte von tschechoslowakischer Seite und dass dies zu einem sofortigen Handeln unter allen Umstaenden und unter Ausserachtlassung sonstiger politischer Handlungen fuehren muesste. Diese Moeglichkeit kam aus der Situation, dass vor der deutschen Gesandtschaft in Prag es zu ausserordentlichen und nicht abstreitbaren Demonstrationen gekommen war, sodass von Seiten Deutschlands der Gesandtschaft zur Verteidigung ihrer Gesandtschaft Waffen geschickt worden waren. So bedrohlich hielt man diese Situation, und aus diesen Gedankengaengen heraus hat man von dieser Moeglichkeit gesprochen. Das ist hier falsch verstanden. Nicht wir wollten den Gesandten als Anlass oder Eventalanlass ermorden, sondern wir sahen die Moeglichkeit, dass dies von anderer Seite geschehen koennte unter Umstaenden als gegeben an, und daraufhin waerde allerdings der Fuehrer augenblicklich gehandelt haben.

F. In welchem Umfang haben Sie Beschlagnahmen der Tschecho-

H0301-0060

slovakei vorgenommen ?

[illegible]. Vor dem Kriege wurde in der Tschechoslovakei keine Beschlagnahme vorgenommen in dem Sinne, dass Wirtschaftsgueter abgefahren wurden. Im Gegenteil, die grosse und starke Wirtschaftskapazitaet Deutschlands mit eingereiht. Das heis st vor allem, dass wir Wert darauf legten, nachdem mal das Protektorat erklaert worden war und damit eine Aktion abgeschlossen, die Skoda-Werke, Bruenner Waffenwerke als sehr bedeutende Ruestungswerke mit in das Potenyial, Ruestungs-Potenzial Deutschlands eingeschlosst wurden. Das heisst, Auftraege und Bestellungen wurden zunaechst in grossem Ausmass dorthin verlegt. Darueber hinaus wurden sogar neue Industrien errichtet und Unterstuetzungen in dieser Richtung gegeben. Es ist zum Vorwurf gemacht worden, dass wir u.a. neue Schienen dort abgebaut haetten und alte Schienen aus Deutschland dort aufmontiert. Ich glaube dass hier ein absoluter Irrtum vorliegen muss, denn das Verkehrsnetz der Tschechoslovakei, des Protektorats war eines der wichtigsten fuer Deutschland; der gesamte Suedostverkehr auf dem Balkan lief durch das Protektorat einmals aus der Richtung Wien-Prag-Dresden-Berlin, zweite Hauptlinie Wien-Lundenburg, Oderberg-Breslau. Der ganze, da der Kanal noch nicht fertig war, Verkehr ueberhaupt aller Wirtschaftsgueter ging ja nun nicht mehr aussen herum, sondern ging den kuerzesten Weg. Wir waeren ja wahnsinnig gewesen, dieses Verkehrsnetz zu schwaechen. Ich kann nur folgendes als Grund annehmen : dass beim Ausbau, zusaetzlichen Ausbau des vorhandenen Verkehrsnetzes aus deutschen Schienenbestaenden vielleicht
n/
mache Schiene mit verwendet worden ist, die nachher im Regierungsbericht als " alt " erschien; aber neue dafuer abmontiert, das ist absuluter Unsinn. Weiter war es selbstverstaendlich, dass, als das Sudetenland angeschlossen wurde, der Vorwurf, dass die staatlichen Domaenen und Forste in den deutschen Staatsbesitz uebergingen, nicht zutrifft . Es ist ja selbstverstaendlich, dass mit Abtretung eines Landes der dortige Staatsbesitz auch in den Besitz des neuen Staates uebergeht. Auch der Vorwurf, soweit

H0301-0061

es das Sudetenland betrifft, dass die dortigen Bankinstitute an deutsche Banken angeschlossen wurden, ist selbstverstaendlich nicht berechtigt, denn fuer dieses Land wurde ja die deutsche Waehrung eingefuehrt. Infolgedessen mussten auch die Filialbankinstitute darauf umgestellt werden. Soweit es sich um das spaetere Protektorat handelt, habe ich schon betont, dass bereits vor der Schaffung dieses Protektorats von meiner Seite eine starke wirtschaftliche Durchdringung der Tschechoslovakei angebahnt war und zwar dadurch, dass einerseits wir Aktien erworben hatten aus anderem Besitz, der uns Anteil an tschechischen und slovakischen Unterrehmungen gab, weiter dadurch, dass, glaube ich, gewisse Darlehen von westlicher Seite, soweit ich mich erinnere, zurueckgezogen und von uns dafuer gegeben wurden. Damit haengt zusammen, dass die Reichswerke Hermann Goering dort auftauchten, weil sie einen grosseren Aktienbesitz der Skoda-Werke erworben hatten, um diese als verarbeitende Industrie fuer ihre Walzwerks- und Stahlwerkprodukte mit einzuschalten, ebenso wie andere Industrien in Deutschland. Es ist also selbstverstaendlich, dass also, nachdem das Protektorat geschaffen worden war, die gesamte Wirtschaftskapazitaet des Protektorats mit in die Gesamtwirtschaftskapazitaet Deutschlands eingeschlossen worden ist.

F.: Am 15. November 1 37 hatte in der Reichskanzlei eine Besprechung stattgefunden, ueber die Oberst Hossbach eine Niederschrift angefertigt hat, die als Hitlers Testament bezeichnet wird. Darf ich Sie um eine kurze Erklaerung bitten, welche Bedeutung diese Besprechung hatte. Dies ist Dokument 386-PS.

A.: Dieses Dokument ist mir hier bereits vorgelegt worden und ich kenne es ungefaehr dem Inhalt nach. Dieses Dokument spielte ja in der Anklage eine bedeutende Rolle, da es unter dem Begriff " Testament des Fuehrers " lief. Es ist auch tatsaechlich an einer Stelle das Wort " Testament " angefuehrt, von Hossbach. Zum technischen Teil der Niederschrift folgendes:

Hossbach war Adjutant des Fuehrers. Als solcher war er bei den Sitzungen zugegen und machte sich daruber Notizen. Fuenf Tage spaeter, wie ich festgestellt habe, hat er auf Grund dieser Notiz die Niederschrift gemacht.

VORSITZENDER: Fahren Sie fort.

A.: Es ist eine Niederschrift, die alle Fehler enthaelt, die bei einer solchen nicht durch wechselnde Stenographen laufend aufgenommene Niederschrift leicht erfolgt, und hat auch unter Umstaenden subjektive Meinungen des betreffenden, wie er sie verstanden oder

H0301 – 0062

H0301-0063

Meinungen, die er Sie verstanden hat, wiedergegeben. Es sind eine ganze Reihe von Punkten darin, das sagte ich seinerzeit schon, die absolut mit dem uebereinstimmen, was der Fuehrer wiederholt geaeussert hat. Es sind andere Punkte darin, von denen ich sagen kann oder folgern kann, dass sie dem Fuehrer gar nicht gelegen haben.

Ich habe zu viele Niederschriften und Verhoere usw. in den letzten Monaten gesehen, die zum Teil mit dem gar nichts zu tun hatten oder dem Sinn den man ausgefuehrt hatte, sodass ich auf diese Fehlerquellen auch hier hinweise.

Soweit es das Wort "Testament" betrifft, widerspricht dieses voellig der Auffassung des Fuehrers. In wie weit ueberhaupt jemand ueber diese Auffassung Bescheid weiss, so bin ich es.

Die Nachfolgerschaft fuer meine Person war nicht erst seit dem 1. September 1939 bestimmt, sondern bereits im Spaetherbst 1934. Ich hatte Gelegenheit mit dem Fuehrer ueber ein sogenanntes politisches Testament zu sprechen. Er lehnte dies mit der Begruendung ab, dass man niemals einen Nachfolger durch ein politisches Testament festlegen koenne, denn die Entwicklung und die politische Notwendigkeit muesse ihm zu jeder Zeit voellige Handlungsfreiheit geben. Es koenne wohl jemand politisch wuenschen oder die Auffassung niederlegen, aber niemals in der Form eines Testaments. Das war damals und so lange ich sein Vertrauen hatte, jederzeit seine Auffassung gewesen.

Nun was wollte er mit dieser Ausfuehrung hier bezwecken. Es wurden zusammengerufen, der Kriegsminister, der Oberbefehlshaber des Heeres, der Oberbefehlshaber der Marine und der Luftwaffe und der damalige Reichsaussenminister. Der Fuehrer hatte mich kurz vorher informiert dass er diese Sitzung mache, um vor allen Dingen dem Generaloberst von Fritsche, wie er sich ausdrueckte, Dampf zu machen, weil er mit der Aufruestung des Heeres in keiner Weise zufrieden sei und es koenne auch nicht schaden, wenn Herr Blomberg auch einen gewissen Nachdruck auf von Fritsche geben wuerde.

Ich antwortete, warum Herr von Neurath dabei sein sollte, Ja, er wollte das nicht so rein militaerisch sondern er wollte dem Oberbefehlshaber Fritsche klar machen, dass die Aussenpolitische Lage, ein derartig Forciertes Tempo der Ruestung benoetigte und aus diesem Grunde haette er den Aussenminister hineingezogen, der davon nichts wusste.

Die Ausfuehrung war dann so gehalten, wie sie der Fuehrer in solchen Faellen gerne bevorzugte. Er holte weit aus, stellte die Dinge in grossen politischen Rang und sprach von der gesamten Weltlage von allen Ecken und Alle anderen, die ihn so gut kannten wie ich, war der Zweck sehr bald abzusehen und er ging auch ganz eindeutig und ganz klar darauf hinaus, dass er grosse Absichten habe, die politische Lage so und so sei und dass ganz eindeutig zum Schluss eine immer staerkere Ruestung sein Ziel war. Ich moechte behaupten, dass wenn der Fuehrer zwei oder eine Stunde spaeter in einem anderen Kreis gesprochen haette, z.B. zu Diplomaten, Auswaertigen Amt oder zu Funktionaeren der Partei, er die Dinge wahrscheinlich ganz anders dargestellt haette.

Trotzdem enthaelt natuerlich ein Teil der Ausfuehrung die grundsaetzliche Einstellung des Fuehrers, aber das Ausmass und die Bedeutung, die heute dem Dokument gegeben wird, dieses Ausmass an Bedeutung, kann ich diesem Dokument mit bestem Willen nicht geben.

F. Sie sagten, dass Sie zum Nachfolger des Fuehrers vorgesehen waren. Wurden Sie in dieser Eigenschaft von Hitler in allen politischen Fragen eingeweiht?

A. Ich spreche jetzt von der Zeit des guten Verstaendnisses, welche noch bis weit in den Krieg hinein anhielt. Ich wurde selbstverstaendlich von ihm in allen grossen politischen und militaerischen Fragen eingeweiht und eingeschaltet, und zwar geschah dies meistens in seinen vielen und langen Besprechungen, die ich oft stundenlang, Tag fuer Tag mit ihm hatte. Gelegentlich in aussenpolitischen Fragen wurde ich selbst manchmal ueberrascht, aber da schaltete ich mich dann moeglichst selbst ein und er aeusserte sich auch mal an anderer Stelle, dass ich Aussenpolitisch eine eigene Meinung haette und es fuer ihm nicht immer leicht sei, mir recht zu geben. Aber ich moechte betonen, in grossen politischen Fragen, war ich selbstverstaendlich immer eingeschaltet.

F. Am 23. Mai 1936, hatte eine Besprechung bei dem Fuehrer stattgefunden, ueber die hier kuerzlich bei der Vernehmung des Zeugen Milch gesprochen wurde. Darueber ist ebenfalls eine Niederschrift angefertigt, Dokument L-79.

H0301 – 0064

Nach der Fassung dieses Protokolls haben Sie in dieser Sitzung teilgenommen und der Zeuge Milch erklaert, dass Sie nicht anwesend gewesen sind.

A. Ich bin tatsaechlich nicht anwesend gewesen. Milch ist im letzten Moment fuer mich hinuebergerufen worden. Selbstverstaendlich, wenn der Zeuge erklaerte, er haette keine Erlaubnis vom Fuehrer bekommen, mich zu unterrichten, so ist das so zu verstehen, dass der Fuehrer in einer Sache mich nicht durch meinen Staatssekretaer unterrichten lassen wollte. Auch diese Sache, nein, ich bin bei dieser Sitzung sogar dabei gewesen. Ich sehe das jetzt erst aus einem anderen Punkt. Aber selbst wenn ich nicht dabei gewesen waere, Milch muss da eine andere Sitzung im Auge haben. Das wird aber gar keine Rolle spielen, denn es ist ausgeschlossen, dass der Fuehrer eine Besprechung abhielt und sie mir nicht vorher oder nachher mitgeteilt hat, wenn ich nicht dabei gewesen sein soll. Das spielt also keine Rolle. Es ist selbstverstaendlich, dass hier in solchen Faelle, entweder schon vorher oder wenn ich nicht dabei waere, dass mir hinterher vom Fuehrer ausfuehrlich darueber gesagt worden waere. Aber ich sehe, dass sich Milch hier geirrt hat und eine andere Sitzung meint, denn ich habe ganz zum Schluss noch bezueglich des Ruestungs-Programmes Fragen gestellt und an die erinnere ich mich ganz genau.

F. Welche Bedeutung hatte diese Besprechung?

A. Es war eine Besprechung, die der Fuehrer abgehalten hat, wo er wiederum seine Ausfuehrungen machte ueber die Darstellung der Lage und die Stellung, die sich aus der Lage fuer die Wehrmacht ergab. Auch hier kam es in erster Linie dazu, an die Wehrmacht ruestungsmaessig und vorbereitungsmaessig darauf hinzuweisen, dass er mit allen moeglichen und politischen Entwicklungen rechtlich und selbst jetzt, damit die volle Freiheit der Entschliessung seinerseits vorbehalten wolle.

Es ist zum Teil rueckschauend ueber die Ereignisse, die sich bis dahin abgespielt hatten und ich brauche nicht zu betonen, wie leicht man dann Dinge, wenn rueckschauend betrachtet, in einem anderen Licht der Beurteilung und des Ablaufes sieht, und auch darstellt, — als wie sie vorher tatsaechlich gewesen sind. Ich kann leicht hinterher sagen, dass ich auch damals das gewollt und jenes gewollt habe, weil ich es mittlerweile erreicht habe, und kann auch sagen, und es ist auch leicht zu sagen, dass dies immer meine Absicht gewesen

H0301 – 0065

H0301-0066

sei, waehrend man ganz gut weiss, dass er vorher von ganz andern Faktoren abgehangen hat und ob es so wuerde und dass damals die Absichten unter anderen Umstaenden ganz anders gewesen waeren. Im allgemeinen ist es hier wieder so, dass die nicht richtige Auffassung des Adjudanten unterlaeuft, aber im grossen und ganzen war es eine typische Besprechung, die vom Fuehrer gehalten wurde fuer irgend einen ganz bestimmten Zweck, den er erreichen wollte und diesem Zweck den notwendigen Nachdruck zu geben, die Absibht hatte.

F. In der Zeit von 1935 bis 1938 haben Sie verschiedene Staatsbesuche in Polen gemacht? Zu welchem Zweck erfolgten diese Besuche?

A. Nach der Klaerung des Paktes Deutschland-Polen im Jahre 1934 wuenschte der Fuehrer eine Untermauerung des damaligen Abkommens und die Schaffung einer persoenlich besseren Atmosphaere. Er bat mich, diese Aufgabe zu uebernehmen und zwar deshalb, weil er glaubte, dass ich mit den polnischen Herren leicht ins Gespraech kommen koennte, was auch tatsaechlich der Fall war. Der Staatspraesident hatte mich eingeladen und ich war bis 1935, 1936 und 1937 jedes Jahr ungefaehr 2 Wochen in Polen. Ich hatte eine Unterredung mit dem damaligen Marschall Pilsutski und spaeter mit dem Aussenminister.

Der Fuehrer hatte damals mir einen ernsten Auftrag, nicht einen Taeuschungs-Auftrag gegeben, durch die fortlaufenden Besuche Polen zu sagen, dass er an einem starken Polen interessiert war und zwar deshalb, weil ein starkes Polen zwischen Deutschland und Russland eine gute Barriere darstellen wuerde. Die Loesung der Danzig- und Korridor-Frage hat der Fuehrer mir gegenueber auch damals betont, da wenn Gelegenheit kommen wuerde, aber dass ihm bis dahin auch irgend eine Gelegenheit gegeben wuerde, mit Polen hierbei zu einer Loesung zu kommen. Es spielte das lituanische Problem da hinein und jedenfalls ist es das Entscheidende. Er hat nicht gesagt: "Lullen Sie Polen ein", ich beabsichtige dann in Polen einzufallen, ueberhaupt es nicht so war, dass von Anfang, wie es manchmal hier dargestellt wurde, wir zusammensassen und verschwoerten und fuer Jahre unsere Absichten festlegten, sondern es ergab sich, das ganz aus dem politischen Ziel der Kraftinteressen wie das ueberall in der ganzen Welt in der Staatspolitik immer gewesen ist. Ich hatte diesen Auftrag, und habe bewusst diesen Auftrag ernst genommen und in ehrlichem Glauben durchgefuehrt. Es war fuer mich daher, nachdem der Zusammenstoss mit Polen kam, eine nicht sehr erfreuliche Situation.

F. Wie war Ihre Stellung zu der Frage Memel, Danzig und den Korridor?

A. Meine Stellung war immer die, dass Danzig und der Freistaat als rein deutsches Gebiet in einer absehbaren Zeit wieder an Deutschland zurueckgegeben werden sollten. Andererseits wurde von uns durchaus anerkannt, dass Polen auch Zugang zum Meer haben sollte und es waere daher der erste Gedanke: Danzig und den Freistaat zurueck und durch den polnischen Korridor einen deutschen Verkehrskorridor. Das war die bescheidentste Forderung, die uns in jener Zeit als absolut notwendig erschien und es erschien uns auch als tragbar.

F. Eine weitere Besprechung hatte mit dem Fuehrer am 23. November 1933 stattgefunden. Das Protokoll ueber diese Besprechung ist das Dokument 789-PS, das dem Gericht schon vorgelegt wurde. Ich bitte Sie, in dieses Dokument Einsicht zu nehmen und mir dann kurz mitzuteilen, wie Sie sich zu dem Inhalt dieser Besprechung stellen.

A. Hierzu kann ich mich kurz fassen. Es ist eine Ansprache, die der Oberbefehlshaber an die Befehlshaber der Formationen und Armeen, die fuer den Westangriff nach der Erlegung Polens bereit gestellt wurden, gehalten hat. Es ist mir ganz selbstverstaendlich und bedarf wohl keiner Erroerterung, dass, wenn ein Oberbefehlshaber einer Wehrmacht und diese Wehrmacht selbst aktiv fuehrt, sich entschliesst, eine strategische oder umfangreich taktische Operati zu unternehmen, wie in diesem Falle nach Beendigung des Polen-Feldzuges, wollte der Fuehrer unter allen Umstaenden, was absolut richtig war, noch im spaeten Herbst die Truppen herumwerfen und den Stoss nach Frankreich durchfuehren, um noch im Herbst bezw. im Winter 1939 zum Abschluss dieser Aktion zu kommen. Was ihn daran gehindert hat, war das Wetter. Der Durchstoss durch die Maginot-Linie bei Sedan konnte nicht ausgefuehrt werden durch das Wetter, man brauchte mindestens 4 - 5 Tage vor Angriffsbeginn ein sogenanntes Flugwetter. Nur weil diese Woche um Woche nicht zugesichert werden konnte, kam er in den Winter hinein und es wurde schliesslich auf den Beginn des Fruehlings verschoben.

Wir waren waehrend der Zeit noch der Ansicht, in der naechsten Zeit den Durchstoss durchfuehren zu koennen. Er nahm also alle Oberbefehlshaber zusammen, denen er Angriffspositionen gegeben hat. In einer seiner Ansprachen in diesem Fall wie sie lediglich waren, selbstverstaendlich da der Fuehrer ja nicht reiner Militaer, sondern in erster Linie Politiker war, so kam es immer wieder, dass diese militaerischen Ansprachen sich nicht auf rein militaerisch-strategisches Gebiet beschraenkten, und er seine Wuensche, Tendenzen oder Absichten sehr stark beimischte.

H0301 - 0067

Man darf nicht vergessen, dass bei diesen Ansprachen nicht allein der Oberbefehlshaber, oder oberste Befehlshaber der Wehrmacht sprach, sondern auch das Staats-Oberhaupt Deutschlands sprach hier und daran lag es haeufig, dass auch bei jeden militaerischen Ansprachen ein ausserordentlich politisches Moment kam.

Es wurde aber kein General etwa um seine Meinung gefragt, oder ob er die Grundtendenzen der Politik fuer richtig oder nicht richtig hielt. In diesen Ansprachen wurde nicht einmal gefragt ob man diesen militaerischen Einsatz fuer richtig oder unrichtig hielt, das geschah zu einem Standpunkt. Wenn eine Sache abgeschlossen war und sie rein strategisch und taktisch zu exekutieren war, dann wurde den Generaelen die letzten abschliessenden Gedanken des Fuehrers gegeben. Wie es hier so haeufig eine Rolle gespielt hat. Wenn der General haette sagen koennen:

H0301 – 0068

H0301-0069

"Mein Fuehrer, ich halte Ihre Ausfuehrungen nicht fuer richtig, ich stimme nicht mit unseren abgeschlossenen Vertraegen ueberein" oder " es ist dies keine Politik, die wir billigen koennen", dann waere das unverstaendlich gewesen, und nicht aus dem Grunde, weil dieser betreffende General deshalb erschossen worden waere; ich haette am Verstand dieses Generals gezweifelt, denn wie kann man sich vorstellen, dass ueberhaupt ein Staat gefuehrt wird, wenn man zu einem Krieg oder vor einem Krieg welchen die politische Leitung sich dazu entschlossen hat, sei es zu Recht oder Unrecht und nun der einzelne General abstimmen koennte, ich mache mit oder ich mache nicht mit, mein Armeekorps geht in Krieg oder bleibt zu Hause, ich muss aber erst meine Division fragen; vielleicht ist die eine bereit mitzugehen und bleibt nur die andere zu Hause. Dieses Recht muss ich dann letzten Endes auch dem kleinen Soldaten zubilligen. Vielleicht waere dies der Weg, in Zukunft Kriege zu vermeiden wenn man jeden Soldaten fragt, ob er nach Hause gehen will. Gut, moeglich, aber wenn, dann nicht in dem Fuehrerstaat. Ich moechte betonen, in jedem Staat der Welt existiert militaerisch eine ganz klare Formulierung. Ist Krieg oder entschliesst sich die Staatsfuehrung zum Krieg, so bekommt die militaerische Leitung ihre militaerischen Aufgaben. Dazu kann sie Stellung nehmen, da kann sie Vorschlaege machen, ob sie den Angriff auf dem rechten oder linken Fluegel vorantreiben will oder in der Mitte durchstossen will oder anderswo. Ob sie dabei durch ein neutrales Land marschieren will oder nicht, geht die militaerische Fuehrung nichts an. Das hat ausschliesslich die politische Fuehrung des Staates zu verantworten und so konnte auch hier gar keine Moeglichkeit bestehen, dass hier ein allgemeines Gespraech ueber Recht oder Unrecht sich daran anschliessen konnte, sondern die Generale hatten ihre Befehle vorher bekommen. Der Oberste Kriegsherr hatte entschieden und damit war nicht mehr zu diskutieren fuer einen Soldaten. Sowohl fuer den Feldmarschall wie fuer einen gewöhnlichen Soldaten gilt hier das gleiche.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: Ein Fuehrererlass vom 7. Oktober 1939 traegt Ihre Unterschrift. In diesem Erlass wird Himmler den Auftrag gegeben zur Germanisierung. Der Erlass ist in dem Dokument 686 - PS vorgelegt. Nehmen Sie bitte Einsicht und sagen Sie mir, welche Bedeutung dieser Erlass hatte.

(Der Angeklagte bekommt das Dokument).

A. Dieser Erlass vom 7. Oktober 1939 ist nach Beendigung des Polenfeld-

H0301 - 0070

zuges herausgegeben. Polen war damals besiegt. Der polnische Staat als solcher existierte nicht mehr. Ich verweise hier auf die Note des damaligen Volkskommissar des Aeusseren in Russland Molotow, der hierzu Stellung nimmt und folgedessen war jene Unrecht, das wir Deutsche empfunden hatten, als im Diktat von Versailles deutsche Provinzen losgetrennt und Polen uebergeben wurden, durch den Sieg der Waffen ausgeglichen. Es war deshalb fuer uns eine Selbstverstaendlichkeit, dass jener Teil Polens, der bis 1918 deutsch war, wieder rueckgedeutscht wurde, d.h. in den Verband Deutschlands zurueckkehrte. Nun waren in diesem Gebiet im Verlauf der Jahre weit ueber 1 Million Deutsche, die frueher dort gewohnt hatten, dort Besitz hatten, vor allen Dingen landwirtschaftlichen Bauernhoefe, Gueter etc. vertrieben ausgewiesen und enteignet worden. Das geht hervor aus all den vielen Beschwerden, die im Laufe der Jahre nach 1919 an den Voelkerbund in dieser Richtung gegangen sind, und ein Studium dieser ganzen Beschwerden und dieser ganzen dort eingereichten Verkommnisse, die ja in den Archiven in Genf heute noch sein muessten, wird bestaetigen, in welch gewaltigem Umfange damals die Polonisierung dieser deutschen Gebiete vorsich ging. Dieser Erlass bezweckte nun, dass das wieder rueckgaengig gemacht wurde und dass diese Gebiete wieder deutsch wurden, d.h. die Besiedelung jener Gueter und Hoefe, von denen Deutsche vertrieben waren wieder Deutsche hinkommen sollten. Dass Himmler diese Aufgabe bekam, damit war ich nicht ganz einverstanden; aber das spielt in dem Augenblick keine so entscheidende Rolle. Er bekam diese Aufgabe nicht in seiner Eigenschaft als Chef der Polizei, sondern es ist ja bekannt, dass er sich besonders immer fuer die Fragen einer neuen Gestaltung des deutschen Menschen sehr besonders interessierte und so wurde diese Stelle Volkstum oder wie sie hiess - einen Moment mal - das ist ja auch gleichgueltig, also jedenfalls bekam er diese Aufgabe. Der Fuehrer erliess das Gesetz, ich zeichnete selbstverstaendlich mit, da ich der Vorsitzende des Ministerrates zu dieser Zeit war und dann wurde es noch gezeichnet von Lammers, dem Chef der Reichskanzlei. Das sind selbstverstaendliche Mitzeichnungen. Ich stehe absolut positiv dazu; es entsprach durchaus meiner Auffassung, dass dort, wo die Deutschen seinerzeit vertrieben wurden, sie in diese deutschen Gebiete wieder zurueckkehren sollten. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass es sich hier um die ehemals deutschen Provinzen handelt, genau ausgesprochen.

H0301 - 0071

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F. Die besetzten polnischen Westprovinzen meinen Sie?

A. Ja. Das Generalgouvernement z.B. war nicht fuer die Eindeutschung bestimmt. Wenn dort - ich weiss es nicht genau - Deutsche spaeter angesiedelt worden sind, so trifft das nicht auf die Grundlage dieses Erlasses zu. Sie fragten vorhin noch die Stellung zur Frage Memel, glaube ich.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: Ja.

ANGEKLAGTER GOERING: Danzig, Polnischer Korridor habe ich betont, Memel war eine verhaeltnismaessig kleine Angelegenheit. In Memel sollte nach dem Statut vom Versailler Voelkerbund eine Abstimmung stattfinden. Kurz vorher haben die Litauer Memel und das Memelgebiet besetzt. Um die Abstimmung zu verhindern hat es Litauen einverleibt und damit eine "fait accompli" geschaffen. Beschwerden der damaligen deutschen Reichsregierung nuetzten natuerlich genau so wenig, wie alle vorherigen Beschwerden beim Voelkerbund. Man bedauerte es, fand, es fuer falsch und nicht richtig, was die Litauer machten, aber von Herausgabe oder bezw. Durchfuehrung der vorgeschriebenen Wahl konnte keine Rede sein. Nachdem die Litauer entgegen allen Bestimmungen damals Memel besetzt hatten, war es selbstverstaendlich unser absolutes natuerliches Recht, diesen Uebergriff wieder in Ordnung zu bringen und Memel nunmehr unsererseits zu besetzen.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F. Am 19. Oktober 1939 haben Sie einen Erlass herausgegeben, der die Herausnahme von Wirtschaftsguetern aus Polen anordnet. Dieser Erlass ist mit Dokument EC-4 10 dem Gericht vorgelegt. Ich bitte zu dieser Anordnung Stellung zu nehmen.

(Das Dokument wird dem Angeklagten ausgehaendigt).

A. Dies ist ein Erlass, der eine allgemeine Anweisung darstellt, wie wirtschaftlich zu verfahren ist in dem gesamten von uns besetzten polnischen Gebiet. Er regelt die Erfassung und Verwaltung des Vermoegens des polnischen Staates innerhalb der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete die Regelung des Geld- und Kreditwesens, die Anordnung von wirtschaftlichen Massnahmen, Vorbereitung einer notwendig werdenden Auseinandersetzung mit fremdstaatlichen Glaeubigern usw., Beschlagnahmungen duerfen nur von der Treuhandstelle Ost durchgefuehrt werden usw. Es handelt sich nicht so sehr um die Herausnahme von Wirtschaftsguetern. Dem war auch nicht so; im Gegenteil wurde auch im Generalgouvernement die dort bestehenden Wirtschaft, selbstverstaendlich die

Wirtschaft, die fuer den Kriegszweck zu dieser Zeit brauchbar war, verstaerkt und ausgebaut. Die Wirtschaft, die nicht so sehr notwendig war, wurde genau so gedrosselt, wie sie im ganzen uebrigen Deutschland auch gedrosselt war und bei allen anderen Staaten im Kriegsfall auch gedrosselt wird. Was die Rohstoffe anbelangt, die vorhanden waren und von Wichtigkeit fuer die Kriegfuehrung, nehmen wir mal an Stahl oder Kupfer oder Zinn oder so was, so war die Auffassung, dass oder mein Wille besser gesagt, diese Rohstoffe dort zu verarbeiten waren, wo sie am schnellsten umgewandelt werden konnten. War das an Ort und Stelle oder durch die Verkehrslage moeglich, so sollten sie dort bleiben um dann verarbeitet zu werden. War die Verarbeitung im Lande dort nicht moeglich, so hatte ich selbstverstaendlich kriegswichtige Rohstoffe nicht dort liegen lassen, sondern sie unbedingt dorthin schaffen lassen, wo ihre Verarbeitung am schnellsten zum Zwecke der Kriegsverwendung moeglich war. Das sagt im grossen und ganzen auch dieser Erlass zum Teil. Das war die grundsaetzliche, meine grundsaetzliche Einstellung und meine grundsaetzliche Anweisung. Der Sinn war schnellstmoeglichste und zweckmaessigste Verarbeitung dort, wo sie moeglich war.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F. Unter dem 19. November 1945 hat ein Dr. Cajetan Muehlmann eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, die ueberreicht ist von der Anklagebehoerde und die Nummer 3042-PS traegt. In dieser heisst es folgendermassen; drei kurze Saetze:

"Ich war der Sonderbeauftragte des Generalgouverneurs von Polen fuer die Sicherung der Kunstschaetze im Generalgouvernement. Den Auftrag hatte mir Goering in seiner Funktion als Vorsitzender des Reichsverteidigungsausschusses erteilt. Ich bestaetige,dass es die offizielle Politik des Generalgouverneurs Frank war, alle wichtigen Kunstwerke der polnischen oeffentlichen Einrichtungen privaten Sammlungen und die der Kirche gehoerten in Verwahrung zu nehmen. Ich bestaetige, dass die erwaehnten Kunstwerke tatsaechlich konfisziert wurden und ich bin mir darueber klar, dass sie im Falle eines deutschen Sieges nicht in Polen geblieben waeren, sondern zur Vervollstaendigung des deutschen Kunstbesitzes verwendet worden waeren."

A. An sich hatte ich mit der Sicherstellung der Kunstschaetze in Polen nicht unmittelbar etwas zu tun, schon ganz und gar nicht als Vorsitzender des Ministerrates fuer die Reichsverteidigung. Tatsaechlich aber kam Muehlmann, den ich kannte, zu mir und sagte, dass er sich um die Sicherstellung der Kunst-

H0301 - 0072

schaetze dort bemuehen sollte. Ich stand auch auf dem Standpunkt, dass diese Kunstschaetze waehrend der Kampfzeit zunaechst einmal ganz unabhaengig, was mit ihnen zu geschehen habe, zu sichern waeren, damit keinerlei Zerstoerung moeglich sei, sei es durch Feuer, durch Kampfeinwirkung usw. Ich moechte gleich betonen - ich komme ja im franzoesischen Zusammenhang darauf zurueck, dass von diesen Kunstschaetzen fuer meine sogenannte Sammlung nichts entnommen worden ist. Das nur nebenbei. Dass die Kunstschaetze tatsaechlich sichergestellt wurden, ist richtig und auch beabsichtigt gewesen, s.T. schon deshalb, weil die Besitzer nicht da waren. Dort aber, wo die Besitzer da waren wie z.B. - ich erinnere mich des Grafen von Potosky - blieben die Kunstsammlungen an Ort und Stelle. Die Absicht, was mit diesen Kunstschaetzen geschehen sollte, war vom Fuehrer noch nicht endgueltig bestimmt. Er hatte angeordnet - und das habe ich in einem Schreiben auch an Buehlmann und soweit ich mich erinnere an Frank uebermittelt - dass diese Kunstschaetze zunaechst nach Koenigsberg zu bringen seien. Vier Bilder seien in den Sicherheitsbunker oder Sicherheitsstelle des Deutschen Museums in Berlin zu bringen d.h. in das Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin zu bringen. Es spielten dann noch - ich will das in diesem Zusammenhange gleich vorwegnehmen, weil die Anklage sich damit beschaeftigt hat - die Duererzeichnungen aus Lemberg eine Rolle. Die Duererzeichnungen in Lemberg wurden nicht von uns in dieser Zeit beschlagnahmt, da Lemberg russisch geworden war. Erst beim Vormarsch gegen Russland wurden waehrend der Kampfperiode diese Duererzeuchnungen

H0301 – 0073

H0301 - 0074

soweit ich mich erinnere der Darstellung von Muehlmann von einem polnischen Professor, der sie vor den Russen bis dato versteckt hatte, aus dem brennenden Lemberg gerettet und ihm uebergeben. Es waren Zeichnungen, er kam damit bei mir an und obwohl ich sonst ausserordentliches Interesse habe, hatte ich leider nicht einmal Zeit, sie in Ruhe anzusehen, da ich in diesem Augenblick zum Fuehrer fuhr und mitnahm und wie auch Muehlmann bestaetigt, dort sofort abgegeben habe. Wo sie von dort aus hingekommen sind, weiss ich nicht. Damit glaube ich die Frage ueber die polnischen Kunstschaetze beantwortet zu haben. Abgesehen davon, handelt es sich noch um den Veit-Stoss-Altar, der seiner Zeit hier in Nuernberg hergestellt worden ist, eine rein deutsche Arbeit, und der Fuehrer wuenschte, dass dieser Altar - damit hatte ich persoenlich nichts zu tun - nach Nuernberg hier ins Germanische Museum kommen sollte. Das ist mir nur bekannt. Was endgueltig beabsichtigt war, war noch nicht ausgesprochen, aber dass bei einem Friedensschluss das auch eine Rolle gespielt haben wuerde bei den Verhandlungen, das ist sicherlich zu bejahen.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F: Welche Verbindung hatten Sie mit Quisling?

A: Quisling habe ich erst lange nach der Besetzung Norwegens zum ersten und einzigen Male gesehen. Er war in Berlin, besuchte mich, wir hatten ein belangloses Gespraech. Vorher hat ein Mann von ihm, den auch ich nicht persoenlich kannte, d.h. also ueberhaupt vor Ausbruch des Krieges einen Brief an mich geschickt, der mir hier gezeigt wurde, an den ich mich persoenlich nicht erinnern kann, weil derartige Briefe nach unserer Praxis auch nur kaum vorgelegt wurden, ist aber gleichgueltig. In diesem Brief spricht er sich im Namen Quislings dahingehend aus, dass wir die Bewegung Quislings doch finanziell stuetzen moechten und gab eine Darstellung, wie weit die politischen Gelder einerseits von Russland, der kommunistischen Partei dort, andererseits von England an interessierter politischer Stelle flossen wuerden.

H0301 - 0075

Spaeter sprach dann jemand mit mir daruober, ob auf dem Wege der Kohlenlieferungen eine Abgabe an Quisling in irgend einer Form gegeben werden koennte. Ich habe den Standpunkt eingenommen, wenn wir auch auf die Devisenlage und auch sonst- wir sind ja nicht so reich, dass wir mit den englischen und russischen Geldern konkurieren konnten - Ruecksicht nehmen muessen, so seien die Stellen, die das beurteilen vermoegen, ob es zweckmaessig sei, der Bewegung Unterstuetzung finanzieller Art zu geben oder nicht, zu hoeren; wenn die das bejahten, so sei es selbstverstaendlich, dass Quisling Geld bekomme. Der Betrag um den es sich handelte und den ich auch gegeben haben wuerde, waere erheblich hoeher gewesen wie der, der tatsaechlich spaeter glaube ich dann vom Fuehrer ueber das Auswaertige Amt zugeleitet worden ist. Ich habe niemals von solchen kleinen geldlichen Unterstuetzungen etwas gehalten, sondern wenn, dann sollte man ordentlich geben, damit wirklich auch ein Zweck damit erreicht wuerde. Ich hatte meine Kenntnis aus dem letzten Weltkrieg zur Genuege hinsichtlich der Gelder, die in der rumaenische Parlament gewandert sind, die leider auch zu wenig waren. Aus diesen Erfahrungen, wenn gegeben worden sollte, war meine Anweisung, dann ordentlich. Sonst habe ich, wie gesagt Quisling sehr viel spaeter kennen gelernt und ein voellig belangloses Gespraech mit ihm gehabt, an das ich mich nicht erinnere.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F: Wie standen Sie zu dem Norwegenunternehmen?

A:Das Norwegen-Unternehmen ueberraschte mich einigermassen und zwar deshalb, weil ich hier merkwuerdigerweise ziemlich lange nicht unterrichtet worden war. Der Fuehrer ging sehr weit mit seinem Grunderlass, von dem ich anfangs schon gesprochen habe und hat die Luftwaffe sehr spaet herangezogen. Da aber die Luftwaffe ein wichtigster Teil dieses Unternehmens zufiel, habe ich mich unmissverstaendlich und sehr unfreundlich daruober geaeussert. Ansich stand ich dem Unternehmen militaerisch gesehen durchaus positiv gegenueber, denn als Oberbefehlshaber der Luftwaffe hatte ich ja zunaechst unabhaengig

H0301 - 0076

von politischen Erwaegungen ausschliesslich die strategischen zu sehen. Dass ich meine Position luftwaffenmaessig gesehen erheblich verbessern w uerde, wenn meine Geschwader von norwegischen Basen aus gegen England operieren koennten, das war oder ist fuer jeden einsichtigen militaerischen Fachmann eine Selbstverstaendlichkeit. Ich konnte deshalb vom strategischen Standpunkt aus als Oberbefehlshaber der Luftwaffe nur durchaus positiv zu dem Unternehmen stehen. Mein Einwand ging nur dagegen, dass ich erstens zu spaet unterrichtet wurde und zweitens mir den Plan nicht ganz richtig erschien, aber sonst durchaus positiv.

RECHTSANWALT DR. STAHMER: F. Befuerchtete Hitler Komplikationen mit Schweden aus dieser Besetzung?

A: Ja, nicht aus der Besetzung durch Deutschland ansich, sondern, als wir uns entschlossen haben bezw. der Fuehrer, Norwegen zu besetzen, hatten wir ja schon ganz eingehenden und detaillierte Unterlagen ueber die beabsichtigte Besetzung seitens England und Frankreich, wie wir sie spaeter auch bestaetigt fanden in den erbeuteten englischen Papieren und franzoesischen Generalstabspapieren. Hier war uns nun ebenfalls bekannt, dass vor allem die Absicht bestand, nicht nur Norwegen zu besetzen, sondern in erster Linie ueber Narvik das schwedische Erz, die schwedischen Erzlieferungen an Deutschland auszuschalten, ja darueber hinaus in den damals bestehenden russisch-finnischen Konflikt pro-Finnland einzugreifen. Der Fuehrer fuerchtete,nun, dass Schweden einem englischen Druck absolut nachgeben wuerde, d.h. unter der Formel Finnland zur Hilfe zu kommen, einen Durchmarsch gestatten und damit eine gesamte Ausschaltung des schwedischen Erzbeckens und damit die Erzlieferungen fuer uns sich ereignen wuerde, Ich habe damals eine sehr schwere Verantwortung auf mich genommen, indem ich Hitler versicherte, dass ich Schweden, sein Volk und seinen Koenig so genau kennen wuerde, dass ich wuesste, wer auch immer einen Druck auf Schweden ausueben wuerde, ganz gleichgueltig welche Macht, ob wir oder die andere Seite, die Schweden unter allen und jeden Umstaenden ihre Neutralitaet bewaffnet verteidigen wuerden, der sie zu kraenken

H0301 - 0077

beabsichtige, gleichgueltig, welche Gruende hierfuer vorliegen moegen und dass ich mich persoenlich fuer diese Auffassung verpflichte und mit meiner ganzen Kraft die Verantwortung dafuer trage, dass wir in dieser Richtung beruhigt sein koennten. Daraufhin war die Frage erledigt.

VORSITZENDER: Das Gericht vertagt sich.

(Das Gericht vertagt sich auf den 15. Maerz 1946, 10:00 Uhr).